

MIDEM

LÄNDERBERICHT VEREINIGTES KÖNIGREICH

VON
CHRISTIAN WÖHST



Zitiervorschlag:

Wöhst, Christian 2018: MIDEM Länderbericht Vereinigtes Königreich, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1.	EINLEITUNG	4
2.	GRUNDLAGEN	5
2.1	Entwicklung der Migrationszahlen	7
2.2	Rahmendaten zur Entwicklung der britischen Einwanderungs- und Integrationspolitik	9
2.3	Migration und das britische Parteiensystem	12
2.4	Merkmale und Charakteristika der politischen Verarbeitung von Migration	14
3.	MIGRATION IN POLITIK UND GESELLSCHAFT	17
3.1	Welche Rolle spielte Migration für das Brexit-Referendum?	22
3.2	Regionale Zusammenhänge zwischen Migration und der Zustimmung zum Brexit	30
3.3	Die Rolle der Medien	31
3.4	Welche Konfliktlinien machte das Brexit-Referendum sichtbar?	32
4.	PERSPEKTIVEN	34
	LITERATURVERZEICHNIS	36
	AUTOR	42
	IMPRESSUM	43

Zusammenfassung

Seit dem deutlichen Anstieg der Nettozuwanderung nach Großbritannien zu Beginn der 2000er Jahre gehört das Thema Migration in der öffentlichen Wahrnehmung regelmäßig zu den größten Herausforderungen des Landes. Es lässt sich eine deutliche Parallele zwischen dem Zuwachs der Migrationszahlen, der Sichtbarkeit des Themas Migration in der Öffentlichkeit und dessen Verarbeitung in den Medien seit 2012 feststellen.

Mit der zunehmenden Präsenz des Themas ist die britische Gesellschaft insgesamt aber nicht ablehnender gegenüber Migration geworden. Im Gegenteil: Die Einstellungen insbesondere gegenüber den wirtschaftlichen Folgen von Migration haben sich verbessert. Das gilt auch für die Zeit nach dem Beginn der ‚Flüchtlingskrise‘ im September 2015.

Deutlich zugenommen haben aber die Spaltungen der britischen Gesellschaft: Jüngere Briten mit höherem Bildungsgrad und gutem Einkommen stehen Migration tendenziell positiver gegenüber als ältere Briten mit niedrigem Bildungsgrad und geringem Einkommen.

Im Wahlkampf vor dem Referendum um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union 2016 gehörte Migration zu den entscheidenden Themen und war für die Austrittswähler das wichtigste Motiv. Die Polarisierung der Meinungen gegenüber Migration hat sich auch durch die mediale Präsenz des Themas seit 2015 verstärkt.

Das gängige Narrativ des Brexit als Revolte der ökonomisch Abgehängten erzählt nur die halbe Wahrheit: Die ablehnende Haltung vieler Briten gegenüber Migration speist sich nicht allein aus wirtschaftlichen Motiven, sondern sie hat auch eine kulturelle Dimension. Nicht nur Interessen, sondern auch Identitätsfragen spielten eine zentrale Rolle beim Referendumswahlkampf.

Der Brexit machte drei Konfliktlinien sichtbar: Einen ökonomisch kodierten Konflikt zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken Teilen der Bevölkerung, einen räumlichen Konflikt zwischen der ländlichen (englischen) Peripherie und dem urbanen Zentrum London und einen soziokulturellen Konflikt zwischen ethnisch-nationalen und kosmopolitischen Einstellungsmustern.

1. EINLEITUNG

Das Thema Migration nimmt in den öffentlichen Debatten Großbritanniens einen zentralen Platz ein – das gilt nicht erst seit dem Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union im Juni 2016. Gehörte es bis 1999 eher noch zu den politischen Randthemen, so wandelte sich Migration nach der Jahrtausendwende zum polarisierenden Streitpunkt der britischen Öffentlichkeit und wird seither als eine der größten Herausforderungen des Landes wahrgenommen. In den Debatten um das Austrittsreferendum war Migration schließlich das entscheidende Thema, an dem sich die Konfliktlinien verhärten: Die Entscheidung für oder gegen die EU wurde auch zu einer Grundsatzentscheidung für oder gegen Einwanderung. Ökonomische Argumente, aber auch kulturelle Identitäten wurden in den Kampagnen beider Lager sichtbar. Die Frage nach dem richtigen Umgang mit Zuwanderung ist also eng verwoben mit den Selbstverständigungsdebatten der britischen Öffentlichkeit, in denen ganz unterschiedliche Konflikte ausgetragen und Spannungen artikuliert werden.

Dieser Länderbericht untersucht, wie Migration in Politik und Gesellschaft des Vereinigten Königreiches aufgenommen und verarbeitet wurde. Dadurch können auch Motive und Ursachen der britischen Entscheidung für den Austritt aus der Europäischen Union besser verstanden werden. Ist der Brexit und die in ihm sichtbar werdende Spaltung der britischen Gesellschaft eine unmittelbare Folge des sprunghaften Anstiegs der Migrationszahlen 2015? Oder werden die ausschlaggebenden Gründe erst aus einer langfristigen Perspektive auf die Migrationsgeschichte des Landes heraus sichtbar? Für die

zukünftige Debatte um den demokratischen Umgang mit Migration in den Gesellschaften Europas sind diese Fragen von entscheidender Bedeutung.

Zunächst wird ein allgemeiner Überblick über die gesellschaftliche Struktur Großbritanniens und die Entwicklung der Migrationszahlen gegeben, um anschließend anhand von zentralen Rahmendaten den Verlauf der britischen Einwanderungs- und Integrationspolitik und die entsprechenden parteipolitischen Positionierungen gegenüber Migrationsfragen nachzuzeichnen. Auf dieser Grundlage wird der Frage nachgegangen, wie Migration im politischen Diskurs Großbritanniens im Verlauf des Brexit-Referendums aufgenommen wurde. Der Fokus liegt hierbei vorwiegend auf der Entwicklung der Wahrnehmungs- und Einstellungsmuster in der Bevölkerung. Die zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien, die in den britischen Krisendiskursen über Migration sichtbar wurden, sollen anschließend herausgearbeitet werden.

2. GRUNDLAGEN

INFOBOX¹

- Fläche: 242.900 km²
- Bevölkerung: 65.684.054 (England, Schottland, Wales und Nordirland)
- Bevölkerungsdichte: 271 Einw./km²
- Jährliche Bevölkerungswachstumsrate: 0,8 %
- Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung: 14 %
- Arbeitslosenquote: 4,2 %

Nicht erst seit dem Ausgang des Brexit-Referendums gilt das Vereinigte Königreich als *divided nation*: Die Gesellschaftsstruktur ist bereits seit dem 19. Jahrhundert von einem Dualismus zwischen Nord und Süd sowie zwischen Stadt und Land geprägt. Mit Beginn der Industrialisierung entstanden in den peripheren Regionen Nordengland, Schottland und Wales aufgrund der hohen Kohlevorkommen große industrielle Komplexe, die der dort ansässigen Wirtschaft wichtige Impulse versetzten. In dieser „industriellen Peripherie“ (Martin 1989, S. 23) bildete sich mit der Schwerindustrie der wichtigste Zweig der britischen Wirtschaft heraus, was zunächst eine starke Zuwanderung aus anderen Regionen des Landes zufolge hatte. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts und in der Zwischenkriegszeit kam es zu einem wirtschaftlichen Strukturwandel, bedingt durch die Veränderung des Weltmarktes und einer größeren Nachfrage nach Produkten der Konsumindustrie. Diese wiederum war vorwiegend in den West Midlands angesiedelt, was zu einem dortigen wirtschaftlichen Aufschwung führte. Durch eine Verringerung der Binnennachfrage und eine verstärkte Konkurrenz auf dem Weltmarkt waren jedoch sowohl die Schwer- als auch die Konsumindustrie seit den 1970er Jahren von einem anhaltenden Niedergang betroffen, wodurch mit dem Rückgang des produzierenden Gewerbes ein Großteil der industriellen Arbeitsplätze verloren ging. Demgegenüber expandierte die Dienstleistungsökonomie im Südosten Englands insbesondere durch Finanzdienstleistungen von Banken und Versicherungen. Im Rahmen des Strukturwandels von einer Industriearbeitergesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft entwickelte sich somit ein deutliches Nord-Süd-Gefälle und eine tiefe Kluft zwischen einem wirtschaftsstarken Südosten und einem wirtschaftsschwachen Norden. Hier liegen die historischen Wurzeln der räumlichen Gegensätze, welche die britische Gesellschaft bis heute prägen.

ÜBERGANG VON DER INDUSTRIE- ZUR DIENSTLEISTUNGSGESELL- SCHAFT

¹ Alle im Informationskasten genannten Daten stammen aus dem Jahr 2017 und basieren auf Angaben des Office for National Statistics und der Weltbank.

ÖKONOMISCHE, SOZIALE UND RÄUMLICHE GEGENSÄTZE DER BRITISCHEN GESELLSCHAFT

Besonders deutlich drückt sich das an den Unterschieden zwischen der Metropolregion London und der nordöstlichen Peripherie aus: 2013 beispielsweise lag die Pro-Kopf-Bruttowertschöpfung in London bei ca. 40.200 £, im Nordosten hingegen nur bei 17.300 £ (GTAI 2014). Auch in Schottland, Wales und Nordirland werden nur knapp über 50 % der Werte für London erreicht. Entsprechend groß sind auch die Einkommensunterschiede: Das höchste Pro-Kopf-Haushaltseinkommen wurde 2015 von London erzielt (25.293 £), während Nordirland (15.913 £) und der Nordosten (16.197 £) die Schlusslichter bilden (ONS 2017). Die höchste Arbeitslosenquote findet sich derzeit in den nördlichen Regionen Yorkshire und Humber (5,2 %), wohingegen im Südosten mit 3,4 % die geringste Arbeitslosigkeit herrscht (ONS 2018a). Deutliche Unterschiede gibt es auch in den Wohnungsmärkten: Herrscht im Südosten Englands und insbesondere in London erheblicher Nachfragedruck, so betragen die Immobilienpreise im Nordostengland lediglich ca. ein Drittel der Londoner Preise (Wood 2007, S. 212). Auch demographisch verzeichnet London die größte Dynamik: Der Bevölkerungszuwachs war in der britischen Hauptstadt im Zeitraum zwischen 2011 und 2015 mehr als doppelt so groß wie im Rest des Landes (ONS 2016). Das Ungleichgewicht in ökonomischer, sozialer und regionaler Hinsicht verdichtet sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem Gegensatz zwischen dem kosmopolitischen London und dem provinziellen Rest des Landes. Durch die Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft vom Londoner Finanzdienstleistungssektor richtet sich auch ein Großteil der politischen Aufmerksamkeit auf die britische Hauptstadt. London ist der politische, wirtschaftliche und kulturelle Knotenpunkt des Vereinigten Königreichs.

WANDEL DER KLASSEN-POLITISCHEN UNTERSCHIEDE

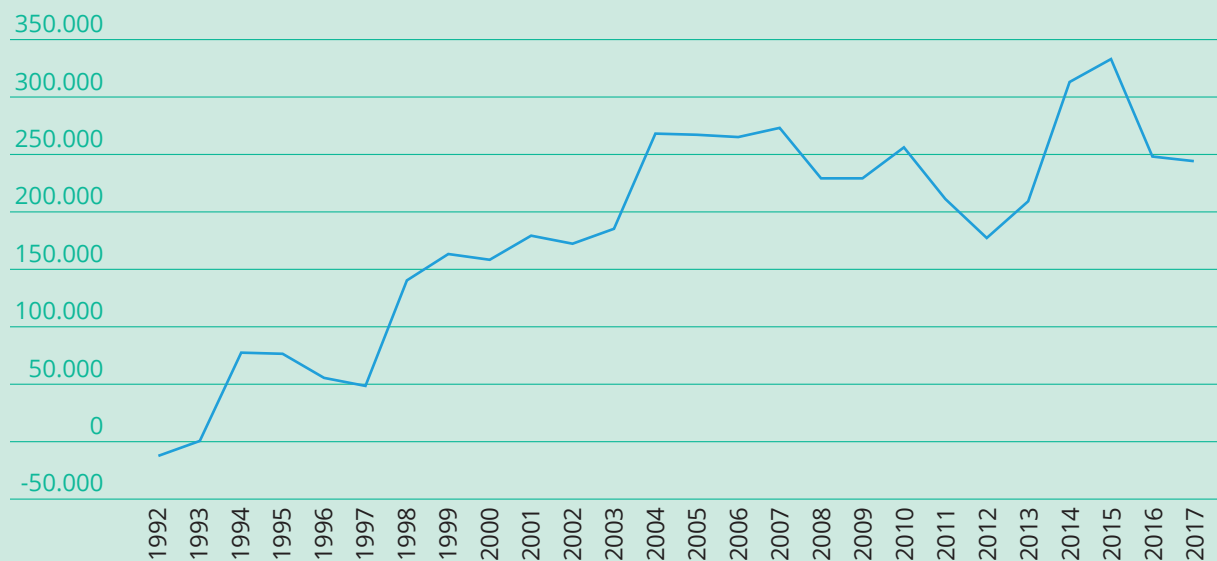
Beruhete das britische Zweiparteiensystem in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf dem klassenpolitischen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, so haben sich diese Unterscheidungsmerkmale inzwischen abgeschwächt. Das wirkt sich auch auf die Parteienlandschaft aus. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel der 1970er Jahre verlor die Arbeiterklasse zunehmend an Bedeutung, während sich die Mittelklasse deutlich ausweitete. Gleichwohl existieren nach wie vor sichtbare soziale Spaltungen in der Gesellschaft und die Unterscheidung zwischen *middle class* und *working class* bleibt im Alltagsgebrauch bestehen. Rund ein Drittel der Briten bezeichnen sich als Angehörige der Mittelklasse und zwei Drittel als Angehörige der Arbeiterklasse. Die Oberschicht macht nur einen sehr kleinen Teil der britischen Gesellschaft aus (vgl. Sturm 2009b). Gerade in den ländlichen Regionen hat die soziale Mobilität deutlich abgenommen, wodurch die dortige Bevölkerung kaum noch ökonomische und soziale Aufstiegschancen sieht. Ein im November 2017 veröffentlichter Bericht der Social Mobility Commission spricht von einer regelrechten „postcode lottery“: Soziale Aufstiegschancen hängen in entscheidender Weise vom Geburtsort ab, wobei sie in London am größten und in den West Midlands am geringsten sind (Social Mobility Commission 2017).

Religiöse Konfliktlinien spielen außerhalb Nordirlands in Großbritannien kaum eine Rolle. Etwa 59 % der Bevölkerung sind christlichen Glaubens, und Muslime sind mit 5 % die zweitgrößte Religionsgruppe. Nur etwa 13 % der Briten engagieren sich allerdings aktiv für eine Glaubensrichtung, davon ca. 22 % als Katholiken, 20 % als Anglikaner, 16 % als Mitglieder der Freikirchen, 12 % Presbyterianer und 8 % Muslime (Sturm 2009b). Die britische Gesellschaft ist kaum von religiösen Loyalitäten geprägt und religiöse Symbole im öffentlichen Raum sind selten Anlass für Konflikte. In Nordirland allerdings existiert nach wie vor eine deutliche Spaltung zwischen katholisch-irischen und protestantisch-britischen Bevölkerungsgruppen.

2.1 ENTWICKLUNG DER MIGRATIONSZAHLEN

Als Folge der Zuwanderung aus den ehemaligen britischen Kolonien entwickelte sich Großbritannien erst im Verlauf der Nachkriegszeit zu einem Einwanderungsland. Der rasch einsetzende wirtschaftliche Wohlstand des Landes und ein entsprechender Arbeitskräftemangel führten zu privilegierten Einwanderungsbedingungen für Arbeiter, die innerhalb der Grenzen des ehemaligen britischen Imperiums geboren wurden. Einwanderung stand also zunächst vorwiegend im Kontext der britischen Kolonialgeschichte und orientierte sich an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes. Bis zu den 1990er Jahren überwog gleichwohl die Emigration aus Großbritannien: Noch im Jahr 1993 lag die Nettozuwanderung im negativen Bereich.

Abb. 1: Nettoeinwanderung nach Großbritannien, 1992-2017



Quelle: Office for National Statistics / Eigene Darstellung

Wie die Darstellung der langfristigen Entwicklung bis 2017 in Abbildung 1 zeigt,² gab es zunächst einen signifikanten Anstieg der Nettomigrationszahlen im Verlauf der Jahrtausendwende: Ursächlich hierfür war die 2004 in Kraft getretene Osterweiterung der Europäischen Union, die einen rasanten Zuwachs an Arbeitsmigration insbesondere von Polen in das Vereinigte Königreich zur Folge hatte. Anders als die meisten EU-Mitgliedstaaten verzichtete die damalige Labour-Regierung auf Restriktionen, Wartezeiten oder Übergangsregelungen beim Arbeitsmarktzugang für Einwanderer: Staatsangehörigen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten wurde ein unmittelbarer Zutritt zum britischen Arbeitsmarkt gewährt, was die europäische Arbeitsmigration von Osteuropa nach Großbritannien ansteigen ließ. Von 2004 bis 2011 kamen ca. 730.000 Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten in das Vereinigte Königreich (Hansen 2014, S. 4). Bis zu diesem Zeitpunkt hat sich die Zahl der polnischen Staatsangehörigen im Land fast verzehnfacht. Seither sind sie die größte nicht-britische Personengruppe der EU-Bürger. Inder und Pakistani sind die größte nicht-europäische Personengruppe. Insgesamt lag der Anteil ausländischer Staats-

² Hierbei wird nur die Zuwanderung von Personen berücksichtigt, die mindestens für 12 Monate in dem Aufnahmeland zu bleiben beabsichtigen. Die Daten basieren auf regelmäßigen Erhebungen des Office for National Statistics (ONS), die vierteljährlich aktualisiert und veröffentlicht werden.

DIE GRÖSSTE NICHT-BRITISCHE PERSONENGRUPPE KOMMT AUS POLEN, GEFOLGT VON INDIEN UND PAKISTAN

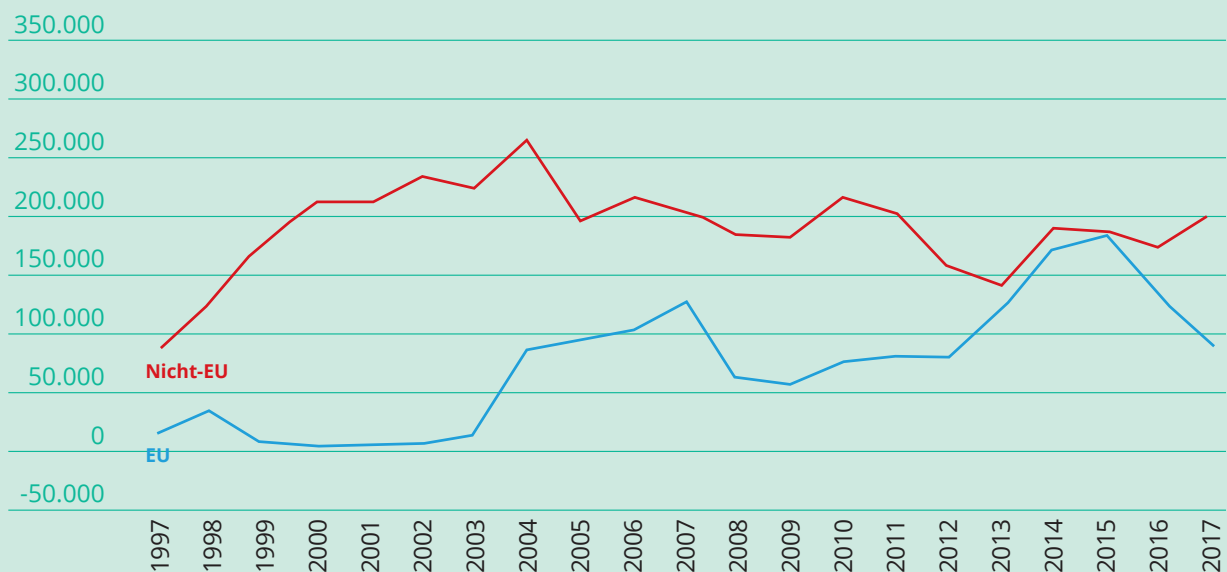
bürger an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2015 bei 8,9 % und der Anteil der im Ausland geborenen britischen Staatsbürger bei 13,5 % (Rienzo/Vargas-Silva 2017, S.2). Damit verdoppelte sich die Zahl der im Ausland geborenen Bürger seit 1993 von 3,8 Millionen auf ca. 8.7 Millionen und die Zahl ausländischer Staatsbürger stieg von 2 auf ca. 5 Millionen (ebd.). Mit dem Amtsantritt David Camerons und der von ihm eingeschlagenen restriktiven Einwanderungspolitik begannen die Migrationszahlen kurzzeitig wieder zu sinken, bevor sie 2012 wieder deutlich anstiegen. Ursächlich hierfür waren zwei Faktoren: Zum einen liefen die Übergangsregelungen für Zuwandere aus Rumänien und Bulgarien aus, die 2007 der EU beigetreten sind. Zum anderen förderte die Wirtschaftskrise die Arbeitsmigration in das wirtschaftlich vergleichsweise prosperierende Großbritannien. Im Jahr 2017 stammten die meisten Einwanderer aus Rumänien, gefolgt von China, Indien, Frankreich und Polen (ONS 2018b). In den vorhergehenden Messungen gehörten darüber hinaus Pakistan, Irland und Deutschland zu den Hauptherkunftsländern.

2015 ERREICHTE DIE NETTOZUWANDERUNG IHREN BISHERIGEN HÖHEPUNKT

Die Nettozuwanderung nach Großbritannien erreichte im Jahr 2015 mit 333.000 Personen ihren Höhepunkt, womit sie sich innerhalb von vier Jahren mehr als verdoppelte: 2012 lag der Wert noch bei 154.000 Personen. Im europäischen Vergleich verzeichnete Großbritannien 2015 nach Deutschland den zweitgrößten Migrationszuwachs, gefolgt von Spanien und Italien (Eurostat 2017). Seit 2016 fiel die Nettozuwanderung wieder bis auf den zuletzt gemessenen Wert von 230.000 Personen im Juni 2017. Dies ist vorwiegend auf die Abwanderung von EU-Bürgern zurückzuführen.

Eine Differenzierung dieser Befunde nach inner- und außereuropäischen Migrationsbewegungen (Abbildung 2) zeigt, dass die Migration von außerhalb Europas gegenüber der europäischen Binnenmigration nach Großbritannien bis 2014 regelmäßig überwog. 2010 beispielsweise lag die außereuropäische Nettoimmigration bei 217.000 Personen, wohingegen die innereuropäische nur 77.000 Personen betrug. Erst seit 2013 beginnen sich beide Werte anzugleichen: 2016 waren 42 % der Migrantinnen EU-Bürgerinnen und 45% Bürger nichteuropäischer Staaten.

Abb. 2: Inner- und Außereuropäische Nettoimmigration, 1997-2017



Quelle: Office for National Statistics / Eigene Darstellung

Arbeit, Ausbildung und Familienzusammenführung sind die drei Hauptmotive für die Einwanderung nach Großbritannien. Seit 2008 wird der Großteil der Niederlassungsgenehmigungen zu Arbeitszwecken erteilt (Hansen 2014). Zu den Berufszweigen mit einem besonders großen Einwanderungsanteil gehören der Medizinsektor (26 % der Ärzte sind ausländische Staatsangehörige) sowie die Textil- und Bekleidungsbranche (41,5 %) und der Betrieb von Industrieanlagen (41,4 %). Die Migrationsbewegungen konzentrieren sich auf London: Rund 36 % der im Ausland geborenen Bevölkerung leben in der britischen Hauptstadt, und 36,5 % der Londoner Bürger haben einen Migrationshintergrund. Nach London haben der Südosten (12,8 %) und der Osten (8,6 %) die größten Migrationsanteile. Am niedrigsten sind sie in Nordirland (1,4 %) und im Nordosten (1,6 %).

DREI HAUPTMOTIVE FÜR EINWANDERUNG:

- ARBEIT
- AUSBILDUNG
- FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG

Abb. 3: Anteile der im Ausland geborenen Bevölkerung in Großbritannien (2015)

Region	Migrationsanteil
London	36,8 %
South East	12,8 %
East	8,6 %
West Midlands	7,9 %
North West	7,9 %
East Midlands	5,7 %
Yorkshire	5,6 %
South West	5,1 %
Scotland	4,3 %
Wales	2,2 %
North East	1,6 %
Northern Ireland	1,4 %

Quelle: Vargas-Silva / Rienzo 2017 / Eigene Darstellung

Asylbewerber machen inzwischen nur einen geringen Anteil an den Migrationsbewegungen aus. Im Verlauf der 1990er Jahre stieg die Zahl von Asylsuchenden durch Konflikte im Irak und in Afghanistan auf 84.100 Anträge im Jahr 2002 an (Blinder 2017), woraufhin es zu einem Umschlag der öffentlichen Meinung und zu einer Verschärfung der Asylpolitik kam. Seitdem sank die Zahl der Asylbewerber kontinuierlich und machte mit 30.700 Ankünften im Jahr 2016 nur ca. 6 % der Nettomigration aus.

2.2 RAHMENDATEN ZUR ENTWICKLUNG DER BRITISCHEN EINWANDERUNGS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

Die historische Entwicklung der britischen Einwanderungs- und Integrationspolitik in der Nachkriegszeit lässt sich in drei Phasen einteilen: Eine Phase der flexiblen Regulierung mit geringen Integrationsmaßnahmen bis 1997, eine Phase der selektiven Liberalisierung im Zeitraum zwischen 1997 und 2004 und eine daran anschließende dritte Phase selektiver Restriktion, die allerdings mit verstärkten Integrationsbemühungen für Migranten mit Aufenthaltstitel einherging.

DREI PHASEN DER EINWANDERUNGS- UND INTEGRATIONSPOLITIK:

- FLEXIBLE REGULIERUNG
- SELEKTIVE LIBERALISIERUNG
- SELEKTIVE RESTRIKTION

Die britische Immigrationspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit lässt sich vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte des Landes verstehen: Alle Menschen, die in den ehemaligen Commonwealth-Staaten geboren wurden, besaßen die britische Staatsbürgerschaft und hatten somit bis 1962 ein unbeschränktes Einreiserecht in das Vereinigte Königreich. Dieses imperiale Staatsbürgerschaftsverständnis beruhte auf der Grundlage des

FLEXIBLE ZUWANDERUNGSPOLITIK DURCH PRIVILEGIERTE EINWANDERUNGSBEDINGUNGEN

1948 beschlossenen British Nationality Act und bewirkte eine selektive Einwanderungspolitik durch das Zugeständnis privilegierter Einwanderungsbedingungen an die Bürger ehemaliger Kolonien. Als Reaktion auf den nachfolgenden raschen Zuwachs an Migranten aus den Commonwealth-Staaten wurden 1962 mit dem *First Commonwealth Immigrants Act* restriktive Zuwanderungskontrollen erlassen, die 1968 nochmals erweitert und verschärft wurden. Ab 1971 galten für die Bürger der Commonwealth-Staaten dieselben Regelungen wie für ausländische Staatsangehörige und der *British Nationality Act* von 1981 schuf schließlich eine eigene, nationalstaatlich geschlossene Staatsbürgerschaft für diejenigen Bürger, die innerhalb der Grenzen des Vereinigten Königreiches geboren wurden. Mit der *British Dependent Territories Citizenship* und der *British Overseas Citizenship* wurden zwei zusätzliche Staatsbürgerschaftskategorien und somit ein System gestufter Rechte als Instrument der Migrationskontrolle geschaffen (vgl. dazu Hampshire 2005, S. 42ff.). Zugleich öffnete sich ab 1973 der Arbeitsmarktzugang für Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die zunehmend restriktive Einwanderungspolitik gegenüber Drittstaaten wurde also von einer innereuropäischen Öffnung der Grenzen begleitet, die vorwiegend wirtschaftspolitischen Interessen folgte. Die konservativen Regierungen unter Margaret Thatcher und John Major folgten dem öffentlichen Bedürfnis nach verschärften Zuwanderungskontrollen insbesondere gegenüber außereuropäischen Migranten ebenso wie den Interessen der Wirtschaft an einer Liberalisierung des Arbeitsmarktzuganges. Die integrationspolitischen Bemühungen in diesem Zeitraum beschränkten sich auf eine Reihe von Gesetzgebungsmaßnahmen in den Jahren 1965, 1968 und 1971, die sich vorwiegend gegen Rassendiskriminierungen richteten. Großbritannien orientierte sich insbesondere mit dem Race Relations Act von 1965 an den Antidiskriminierungsmaßnahmen der USA.

SELEKTIVE LIBERALISIERUNG DER WIRTSCHAFTSMIGRATION

Seit 1997 vollzog sich mit der Labour-Administration ein Wandel der britischen Migrations- und Integrationspolitik. Bedingt durch ein vergleichsweise geringes öffentliches Interesse an Migrationsfragen und einem zunehmenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, setzte eine Phase der Liberalisierung ein, vorwiegend in Form von Flexibilisierungen beim Arbeitsmarktzugang und Anreizen für internationale Studierende. Mit dem *Human Rights Act* von 1998 wurde ebenso die Familienzusammenführung erleichtert. Restriktiv blieb die Haltung gegenüber Asylanträgen, deren Zahl gegen Ende der 1990er Jahre stark anstieg und die seitens der Medien zunehmend skeptisch betrachtet wurden (Ford/Jennings/Sommerville 2015). In dem 2002 von der Regierung veröffentlichten Weißbuch „Secure Borders, Safe Haven“ wurde erstmals ein umfangreiches Programm der gesteuerten Einwanderung entworfen, welches Maßnahmen zur Reduzierung des Missbrauchs von Asylverfahren ankündigte und die legale Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu erleichtern beanspruchte. Der im selben Jahr vom Parlament beschlossene *Nationality, Immigration and Asylum Act* setzte einen Teil dieser Maßnahmen zur „managed migration“ bereits um. Hieran wird deutlich, dass die Labour-Regierung dem Ansatz einer selektiven Offenheit folgte, der sich an den arbeitsmarktpolitischen Bedürfnissen orientierte und gegenüber irregulärer Migration restriktive Maßnahmen einsetzte. Wie bei einem Großteil der europäischen Staaten zeigt sich damit auch im britischen Fall, dass die Migrationspolitik nicht durchweg restriktiver, sondern zunehmend selektiver wurde und zwischen unterschiedlichen Migrantengruppen meist nach ökonomischen Gesichtspunkten differenzierte (de Haas/Natter/Vezzoli 2016).

Auch integrationspolitisch wurde mit dem Wandel von außereuropäischer zu binneneuropäischer Migration seit Ende der 1990er Jahre eine neue Richtung eingeschlagen: Das bisher auf die Vermeidung von Rassendiskriminierungen fokussierte Integrationsverständnis wurde durch ein weitaus umfangreicheres Konzept der Sozialintegration abgelöst, das Spracherwerb und Bildung zur Voraussetzung erfolgreicher Integration machte. Bereits das Weißbuch von 2002 enthielt neben einem Bekenntnis zum britischen Selbstverständnis als mul-

tiethnische und multikulturelle Nation deutliche Aussagen zu den soziomoralischen Bedingungen von Integration:

Strong civic and community foundations are necessary if people are to have their confidence to welcome asylum seekers and migrants. They must trust the systems their governments operate and believe they are fair and not abused. They must have a sense of their own community and civic identity – a sense of shared understanding which can both animate and give moral content to the benefits and duties of the citizenship to which new entrants aspire. Only then can integration with diversity be achieved.
(Home Office 2002, S. 9)

Sozialer Zusammenhalt, Vertrauen, geteilte Werte und Identitäten werden hier als Voraussetzungen von Integration definiert, die von der Gesamtgesellschaft und nicht allein von den Migranten erfüllt werden müssen. Hintergrund dessen waren nicht zuletzt die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen britisch-asiatischen und weißen Jugendlichen mit der Polizei, die 2001 in Bradford, Burnley und Oldham stattfanden und als Resultat einer gescheiterten Integrationspolitik wahrgenommen wurden. Die Terroranschläge des 11. September 2001 verschärften die öffentlichen Sorgen vor einem Auseinanderdriften der Gesellschaft und erzeugten entsprechenden politischen Handlungsdruck. Unter dem Stichwort der *Community Cohesion* wurden seitdem verstärkte Integrationsbemühungen auf lokaler Ebene mit dem Ziel der Stärkung einer gemeinsamen *civic identity* unternommen. Konkret waren damit Schulprojekte und Bildungsmaßnahmen wie z.B. Kurse in Staatsbürgerkunde verbunden, aber auch zeremonielle Treueschwüre auf die Königin für Neuzuwanderer. In diesem Zeitraum erfolgte eine entsprechende Abkehr vom Multikulturalismus als integrationspolitisches Leitbild der Labour-Regierung (vgl. Vertovec/Wessendorf 2009).

Ab 2004 ist somit eine dritte Phase der britischen Einwanderungs- und Integrationspolitik zu verzeichnen, die von einer zunehmend aufmerksamen Öffentlichkeit gegenüber Migration und einer entsprechend regressiv ausgerichteten Politik gekennzeichnet war. 2005 wurden Einbürgerungstest als Voraussetzung der Verleihung der britischen Staatsbürgerschaft eingeführt, in denen Sprachkenntnisse und Wissen über die britische Geschichte, Gesellschaft und Kultur abgefragt werden. Im selben Jahr wurde seitens des *Home Office* ein Fünfjahresplan zur Planung der Arbeitsmigration veröffentlicht, der auf einem fünfstufigen Punktesystem basiert. Bewerber erhalten seitdem Punkte auf der Grundlage ihres Qualifikationsgrades und des Arbeitsmarktbedarfes. Nach Beginn der Regierungskoalition zwischen Konservativen und Liberaldemokraten 2010 wurde dieses System beibehalten und die jährliche Höchstgrenze der Zulassungen gesenkt. Premierminister Cameron verfolgte das Ziel, die Nettoeinwanderung auf wenige zehntausend Migranten pro Jahr zu begrenzen.

RESTRIKTIVE MASSNAHMEN SEIT 2004

Abb. 4: Rahmendaten britischer Migrations- und Integrationspolitik



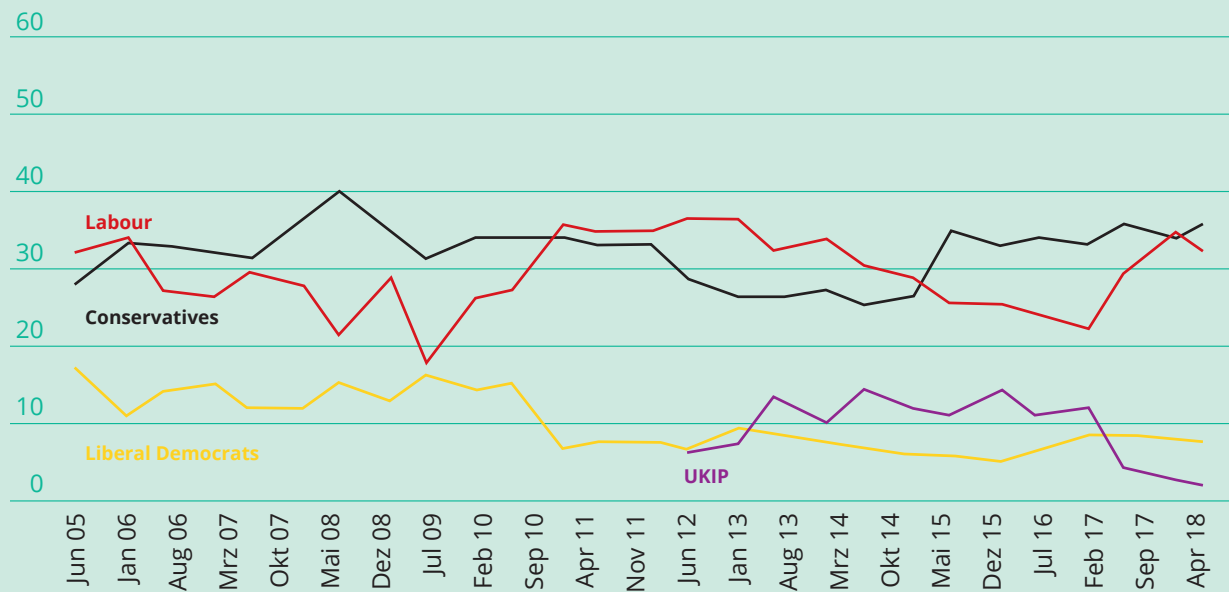
Quelle: DEMIG Policy Database / Eigene Darstellung

Der Anstieg der Migrationszahlen seit 2004 führte zu einer deutlichen Präsenz des Migrationsthemas in der Öffentlichkeit und einer überwiegend kritisch gestimmten medialen Berichterstattung. Die auch nach den Londoner Terroranschlägen 2005 zunehmende Politisierung des Themas begünstigte den Zuwachs rechtspopulistischer und migrationsfeindlicher Parteien (siehe dazu das folgende Kapitel). Der dadurch erzeugte Handlungsdruck gegenüber der Regierung machte sich durch eine Verschärfung der Migrationspolitik sichtbar: 2010 beispielsweise wurde die *Home Office Hostile Environment Policy* verabschiedet, die auf eine Erschwerung der Lebensbedingungen illegaler Migranten durch bürokratische Hürden abzielte, um sie zur Rückkehr in die Heimat zu motivieren: Wer eine Wohnung mieten, den *National Health Service* (NHS) nutzen oder einen Job bekommen wollte, musste Aufenthaltspapiere vorweisen. Insbesondere Migranten der vor 1971 aus den ehemaligen britischen Kolonien eingereiste ‚Windrush Generation‘ wurden hierdurch fälschlicherweise ausgewiesen, da ihnen niemals Papiere ausgestellt worden waren. Die Innenministerin Amber Rudd trat 2018 nach Bekanntwerden der Vorgänge zurück. Auch gegenüber europäischen Migranten wurden restriktive Maßnahmen erlassen: 2014 wurde die Zeitspanne für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Arbeitsmigranten aus der EU auf drei Monate verkürzt und die Familienzusammenführung für einkommensschwache Einwanderer erschwert. Aufgrund der Freizügigkeitsregelungen der Europäischen Union blieben die Steuerungspotenziale der Regierung aber begrenzt. Um dennoch Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, wurden die Maßnahmen gegenüber anderen Migrantengruppen verschärft: Beispielsweise wurde das Visa-System für außereuropäische Studenten deutlich restriktiver gestaltet. Der Entschluss zum Brexit-Referendum war letztlich auch ein Resultat der zunehmenden Kollision der EU-Freizügigkeitsregelungen mit der restriktiven britischen Migrationspolitik. Das Referendum selbst erfolgte 2016 in einem öffentlichen Meinungsklima, in dem Europafeindlichkeit und Migrationsskepsis zunehmend miteinander einhergingen, die Nettomigration nach Großbritannien ihren bisherigen Höchststand erreichte und das Thema Flucht und Migration nach dem Beginn der ‚Flüchtlingskrise‘ die mediale Tagesordnung beherrschte.

2.3 MIGRATION UND DAS BRITISCHE PARTEIENSYSTEM

Die Entwicklung des britischen Parteiensystems lässt sich grob in zwei Phasen einteilen: Bis zu Beginn der 1970er Jahre existierte ein stabiles Zweiparteiensystem auf der Grundlage des relativen Mehrheitswahlrechts mit dem klaren Gegenüber zweier Parteien – der *Labour Party* auf der linken und der *Conservative Party* auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Seit 1974 haben kleinere Drittparteien inzwischen eine neue Bedeutung erlangt und die Stimmenkonzentration auf die *Whigs* und *Tories* nimmt tendenziell ab. Seit 2005 können beide großen Parteien weniger als 70 % der Wähler auf sich vereinigen, was sich bisher allerdings aufgrund der disproportionalen Mechanik des Wahlsystems nur in abgeschwächter Form auf die Sitzverteilung im Parlament auswirkt (vgl. Kaiser 2007). Die wichtigsten Konkurrenten zum parteipolitischen Duopol sind die liberaldemokratischen *Liberal Democrats*, die von 2010 bis 2015 eine Regierungskoalition mit den Konservativen eingingen, sowie die schottisch-nationale *Scottish National Party* (SNP) und die rechtspopulistische *United Kingdom Independence Party* (UKIP). Seit 1997 gewann letztere an öffentlicher Sichtbarkeit und formierte sich zu einer rechtspopulistischen Partei mit migrations- und europaskeptischem Profil. Bei den Europawahlen 2009 erhielt sie mit 16,9 % der Stimmen 13 der insgesamt 72 Sitze Großbritanniens im Europäischen Parlament. 2014 war sie die erfolgreichste britische Partei bei den Europawahlen. Auf lokaler Ebene gelang es auch der als rechtsextrem eingestufteten *British National Party* (BNP) eine migrations-skeptische Wählerschaft zu

Abb. 5: Zustimmungswerte der Parteien seit 2005



Quelle: ukpollingreport.co.uk / Eigene Darstellung

Gründe für die zunehmende Entpolarisierung des Parteiensystems finden sich im Rückgang des schichtgebundenen Wählerverhaltens, das sich auch durch den Wandel der Labour Partei zu „New Labour“ verstärkte, sowie in dem Wandel traditioneller sozialer Milieus und einer entsprechend nachlassenden Identifikation mit den beiden großen Parteien. Kleinere Parteien gewannen nicht zuletzt auch nach der Einführung der Regionalparlamente in Nordirland und London (1998) sowie in Schottland und Wales (1999) an Bedeutung. In Schottland beispielsweise wird nach einem teilpersonalisierten Verhältniswahlrecht gewählt, was die Parteidifferenzierung fördert und Koalitionsregierungen notwendig macht.

Migrationspolitisch gruppiert sich die britische Parteienlandschaft folgendermaßen: Mit der Abwahl der Labour-Regierung 2010 änderte sich die bisher liberale migrationspolitische Ausrichtung der Partei in Richtung einer restriktiveren Haltung. Parteiführer Ed Miliband sprach sich für eine stärkere Regulierung der Arbeitsmigration aus und übernahm weitgehend die Positionen der konservativen Partei – mit Ausnahme von David Camerons 2010 proklamierter Forderung, die Nettomigration auf weniger als 100.000 Personen pro Jahr zu begrenzen. Bereits im Wahlkampf 2010 sprachen sich beide Parteien für eine Verschärfung des Punktesystems aus, ebenso wie für eine Verstärkung der Grenzkontrollen und höhere Hürden für die Verleihung der britischen Staatsbürgerschaft. Bei den Parlamentswahlen 2015 gehörte eine Reform der EU-Freizügigkeitsregelungen zu den Kernforderungen der Konservativen, wohingegen sich Labour insbesondere für eine Reduzierung geringqualifizierter Arbeitsmigration und eine Bekämpfung illegaler Einwanderung durch verschärfte Grenzkontrollen aussprach.

Mit ihren restriktiveren Positionierungen gegenüber Migration reagierten beide Parteien auf die zunehmende Sichtbarkeit der UKIP-Partei, die Wählerschaften sowohl aus konservativen als auch aus Arbeitermilieus mobilisieren konnte. Wie die Abbildung 5 zeigt, stieg die Zustimmung zur UKIP-Partei seit 2012 an – zeitgleich mit dem Zuwachs der Nettozuwanderung und der deutlicheren Sichtbarkeit des Themas Migration in den Medien. Zu ihren Kernforderungen gehörte neben dem Austritt Großbritanniens aus der EU eine Reduzierung der Nettomigration auf

DIE PARTEIEN UND DIE BRITISCHE MIGRATIONSPOLITIK

MEHR ZUSTIMMUNG FÜR UKIP SEIT 2012

50.000 Menschen pro Jahr und die Verschärfung einer Regelung des Arbeitsmarktzugangs nach australischem Vorbild. Alle nach 2004 eingewanderten EU-Bürger sollten nicht als solche behandelt werden, womit UKIP die ablehnende Haltung der Wählerschaft gegenüber osteuropäischer Arbeitsmigration aufgriff. Während des Parlamentswahlkampfes 2015 sprach sie sich ebenso für einen sofortigen Stopp ‚unkontrollierter‘ Migration und einen Austritt Großbritanniens aus dem Dublin-System aus.

Weniger restriktive Positionen werden von den Liberal Democrats und der SNP vertreten, wenngleich auch hier im Verlauf des letzten Jahrzehnts eine Verschiebung der Schwerpunkte erkennbar ist: Während der Parlamentswahlen 2010 plädierten die Liberal Democrats für eine Arbeitsberechtigung für Asylbewerber und eine Einbürgerung von illegalen Migranten nach 10jährigen Aufenthalt ohne Strafverschuldungen. 2015 lag der Schwerpunkt hingegen auf einer Verschärfung der Grenzkontrollen, der Einführung von Sprachtests als Voraussetzung für Arbeitserlaubnisse und einer Reduzierung des Kindergeldes für im Ausland lebende Kinder von Migranten. Nach der Green Party vertreten die Liberal Democrats aber die liberalste migrationspolitische Position. Die schottische Nationalpartei SNP spricht sich für eine gezielte Anwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte und für schottische Autonomierechte bei der Einwanderungskontrolle aus.

2.4 MERKMALE UND CHARAKTERISTIKA DER POLITISCHEN VERARBEITUNG VON MIGRATION

Zu den landesspezifischen Merkmalen der politischen Verarbeitung von Migration in Großbritannien gehört zum einen eine lange Tradition der restriktiv und selektiv ausgerichteten Migrationspolitik bis zum Ende der 1990er Jahre und zum anderen ein weitaus diversitätssensibleres Integrationsverständnis als in vielen kontinentaleuropäischen Gesellschaften.

GAB ES EINEN *POLICY GAP* IN DER BRITISCHEN MIGRATIONSPOLITIK?

Mit der restriktiv ausgerichteten Einwanderungspolitik bis Ende der 1990er Jahre bildete Großbritannien lange Zeit eine Ausnahme gegenüber anderen europäischen Staaten, deren liberal-expansiv ausgerichtete Einwanderungspolitik im Widerspruch zu vorwiegend migrations-skeptischen Einstellungen in der Bevölkerung stand. Dieses in der Forschung als *policy gap* diskutierte Phänomen des Auseinanderklaffens von restriktiven Bevölkerungseinstellungen und liberalen Migrationspolitiken schien im Vereinigten Königreich aufgrund unterschiedlicher Faktoren nicht zu existieren: Ein wichtiger Grund ist die Exekutivlastigkeit dieses Politikfeldes in Großbritannien: Die Regierung konnte weitgehend ohne institutionelle Schranken agieren. (Hansen 2000). Dies lag zum einen an den Eigenheiten des Westminster-Systems mit seiner charakteristischen Verschmelzung legislativer und exekutiver Gewalten, zum anderen aber auch an der damals noch schwachen Stellung der Justiz als möglichem Gegenspieler der Regierung. Auch das Fehlen einer schriftlich kodifizierten Verfassung spielt eine wichtige Rolle: Minderheiten – ob mit oder ohne Staatsbürgerschaft – waren somit weitaus verletzlicher gegenüber Mehrheitsentscheidungen als in anderen europäischen Staaten mit einer gefestigteren rechtsstaatlich-institutionellen Struktur. Dies ist ein zentraler Unterschied im Vergleich zu Deutschland, wo der politische Handlungsspielraum konstitutionell weitaus eingegrenzter ist und Gerichte gerade in migrations- und asylpolitischen Fragen eine zentrale Rolle spielen. Dementsprechend war die deutsche Migrationspolitik, trotz des vergleichsweise späten Selbstverständnisses als Einwanderungsland Mitte der 2000er Jahre, im historischen Verlauf tendenziell weniger restriktiv als die britische. Auch die unterschiedlichen historischen Erfahrungen beider Länder dürften hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben. Migrationspolitik wurde in Großbritannien aufgrund des kolonialen Erbes vorwiegend als Kontrollpolitik gegenüber illegaler Einwanderung aus den Commonwealth-Staaten, nicht

aber als von wirtschaftlichen Interessen motivierte Rekrutierungspolitik verstanden (Joppke 1998). In Deutschland wiederum war die Migrationspolitik gerade in den 1970er Jahren mit dem Anwerben von ‚Gastarbeitern‘ arbeitsmarktpolitisch motiviert.

Seit 1997 und dem Umschwenken in Richtung einer Liberalisierung insbesondere der Wirtschaftsmigration kann Großbritannien hingegen kaum noch als Ausnahmefall der Migrationsforschung bezeichnet werden (Freeman 2004). Ursächlich hierfür ist der Einfluss wirtschaftlicher Interessengruppen auf die politische Entscheidungsfindung (Somerville/Goodman 2010). Die weiterhin restriktiv ausgerichtete Asylpolitik war hingegen von innerministeriellen Netzwerken dominiert. Die Dynamik der britischen Einwanderungspolitik war also von einer doppelten Responsivität gegenüber einer migrations-skeptischen Öffentlichkeit auf der einen und einem liberalisierungsfreundlichen Netzwerk von wirtschaftlichen Akteuren auf der anderen Seite geleitet. Auch die vorhergehenden konservativen Regierungen unter John Major und Margaret Thatcher versuchten stets, eine Balance zwischen diesen beiden Polen zu finden. Der Einfluss von Wirtschaftsinteressen ging aber spätestens seit 2004 mit dem zunehmend migrations-skeptischen öffentlichen Meinungsklima zurück, weshalb sich der *policy gap* wieder zu schließen begann.

Der Anstieg der Migrationszahlen in den vergangenen zwei Jahrzehnten hatte auch Auswirkungen auf das vorherrschende Integrationsverständnis im politischen Diskurs. Kultureller Pluralismus und gesellschaftliche Heterogenität wurden bis Ende der 90er Jahre zunächst unter dem Begriff des Multikulturalismus diskutiert. Dieser wurde von offizieller Seite jedoch weder jemals eindeutig definiert noch zu einer bewussten programmatischen Grundlage britischer Politik gemacht. In erster Linie steht er für eine pragmatische Politik der Verarbeitung ethnischer und kultureller Diversität auf lokaler Ebene, beispielsweise durch multilinguale Dienstleistungen an Schulen, Bibliotheken, Krankenhäusern und Behörden, oder durch die administrative Berücksichtigung besonderer Anliegen jeweiliger lokaler Minderheiten. Die Labour-Regierung unter Tony Blair verfolgte 1997 den Plan, auf nationaler Ebene Strategien für eine multikulturelle Integrationspolitik zu entwerfen und beauftragte hierfür eine Kommission unter der Leitung des Politikwissenschaftlers Bhikhu Parekh. Der im Jahr 2000 veröffentlichte Bericht der Kommission mit dem Titel „The Future of Multi-Ethnic Britain“ definierte Großbritannien als „community of communities“ mit unterschiedlichen Gruppenidentitäten. Dem Begriff *Britishness* wurde demgegenüber ein rassistischer und ausgrenzender Gehalt zugeschrieben, da er diese Identitäten nicht anerkenne (Parekh 2000). Insbesondere aufgrund dieser Aussage wurde der Report in der Öffentlichkeit und seitens der Medien massiv kritisiert und erhielt daher nie die beabsichtigte programmatische Verbindlichkeit. Gleichwohl lässt sich die britische Gesellschaft nach wie vor durchaus als multikulturell beschreiben: Zum einen aufgrund der langen Erfahrung mit Migration und der entsprechenden charakteristisch britischen ‚Unaufgeregtheit‘ gegenüber öffentlich sichtbarer Diversität, wie sie sich beispielsweise an religiösen Symbolen und kulturellen Traditionen im öffentlichen Raum zeigt. Zum anderen aufgrund der pluralismussensiblen Rechtsprechung der britischen Gerichte und der vergleichsweise großen Toleranz gegenüber der Anwendung islamischen Privatrechts durch Scharia-Gerichte, die sich als inoffizielle Fortsetzung einer „liberal multiculturalist policy“ interpretieren lässt (Joppke 2017).

Weitaus präsenter ist der Multikulturalismus-Begriff hingegen seit der Jahrtausendwende als retrospektiver Abgrenzungsbegriff gegenüber einer als gescheitert wahrgenommenen Integrationspolitik der 1990er Jahre. Spätestens seit den Terroranschlägen in London 2005 verlor er als

INTEGRATION IM POLITISCHEN DISKURS: VON MULTICULTURALISM ZU COMMUNITY COHESION

gesellschaftspolitisches Paradigma an öffentlicher Glaubwürdigkeit und wurde zunehmend im Kontext von Sicherheitsfragen thematisiert: David Cameron erklärte die „doctrine of multiculturalism“ auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2011 für gescheitert (Cameron 2011). Seitdem ist die britische Multikulturalismusdebatte – wie in vielen anderen europäischen Staaten auch – insbesondere eine Debatte über Muslime und den Islam.

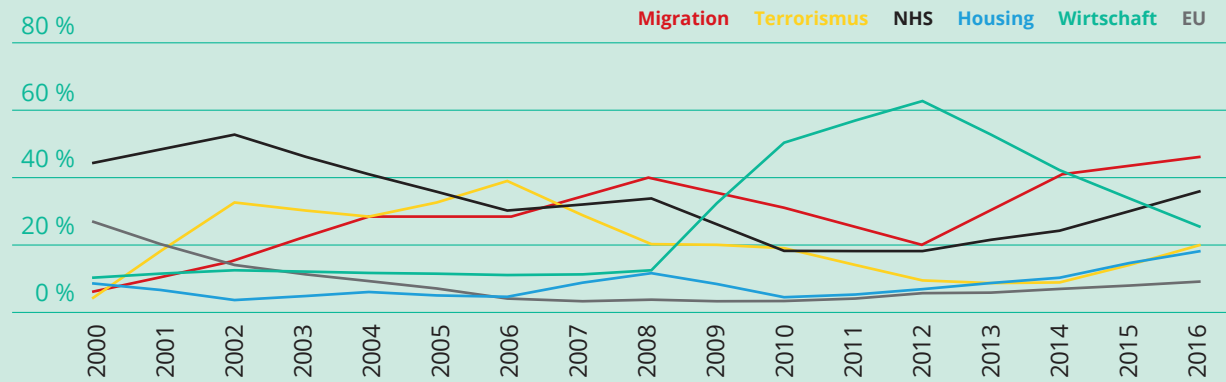
SUPER DIVERSITY UND COMMUNITY COHESION

Seit dem Abschied vom Multikulturalismus als Begriff der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung wurden die Auswirkungen der Migration aus neuen Herkunftsländern und der Zuwachs an heterogenen Gesellschaftsgruppen mit einer dauerhaften Bleibeabsicht unter dem Begriff der *Super-Diversity* diskutiert (vgl. Vertovec 2007). Diversität sei demzufolge nicht mehr allein durch eine Vielzahl an Ethnizitäten und Herkunftsländern zurückzuführen, sondern werde von einer Reihe weiterer Faktoren beeinflusst, wie beispielsweise Wohnort, Rechtsstatus und Arbeitsmarktzugang. Damit rücken Vielfalt und Heterogenität als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in den Vordergrund, die den Erhalt von gesellschaftlicher Kohäsion notwendig machen. Die integrationspolitische Antwort auf diese Gesellschaftsbeschreibung findet sich demgemäß im Begriff der *Community Cohesion* als Gegenkonzept zum Multikulturalismus. Er bezieht sich nicht nur auf Neuzuwanderer, sondern auch auf länger ansässige Migrantengruppen und zielt auf eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes durch lokale Integrationsmaßnahmen ab. Anders als beim deutschen Integrationsverständnis steht nicht die Integration der Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft im Vordergrund. Betont wird stattdessen der gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt (vgl. Münch 2018).

3. MIGRATION IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

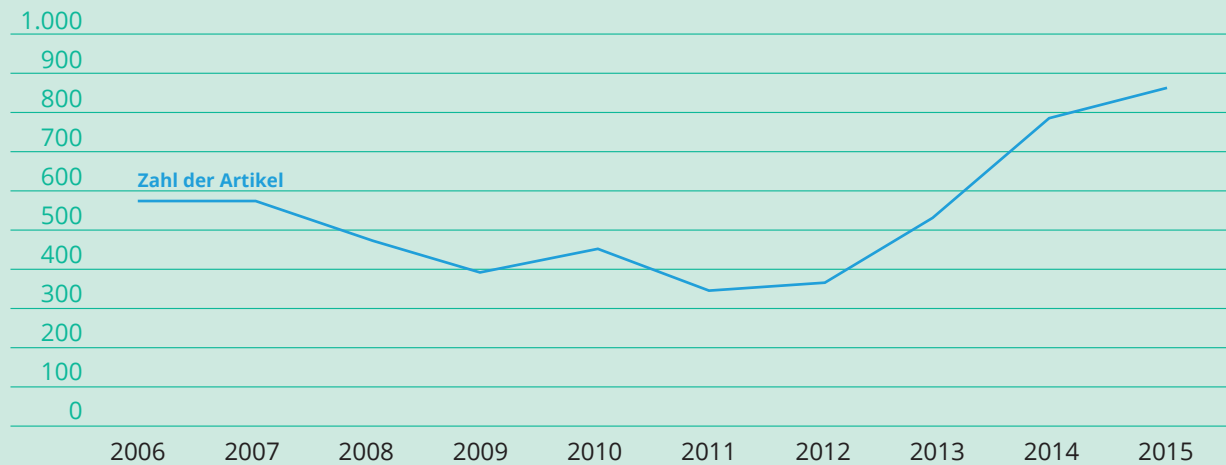
Die öffentliche Wahrnehmung ist in Großbritannien durchaus sensibel gegenüber dem tatsächlichen Zuwachs der Migrationszahlen: Wie Abbildungen 6 und 7 zeigen, ist die Salienz des Themas seit 2012 gemeinsam mit den Nettomigrationszahlen seit 2012 beständig angestiegen. Ebenso hat die Präsenz des Themas Migration in den Medien seitdem deutlich zugenommen.

Abb. 6: Salienz des Themas Migration in Vergleich zu anderen Politikfeldern



Quelle: Blinder/Richards 2018 / Eigene Darstellung

Abb. 7: Anzahl der Zeitungsartikel, in denen Migration erwähnt wird (Monatsdurchschnitt)



Quelle: Allen 2016 / Eigene Darstellung³

Damit wird zunächst deutlich, dass das Thema Migration regelmäßig zu den höchsten Prioritäten in der öffentlichen Diskussion zählt – unabhängig davon, ob die Einstellungen gegenüber Migration nun positiv oder negativ sind. Ein Blick auf die konkreten Einstellungen (Abbildung 8) zeichnet zudem ein differenziertes Bild: Studien von European Social Survey und British Social Attitudes machen deutlich, dass die britische Öffentlichkeit mit der zunehmenden Präsenz des Themas keineswegs ablehnender gegenüber Migration geworden ist. So haben sich die britischen Einstellungen gegenüber den wirtschaftlichen Folgen von Migration im Zeitraum zwischen 2002 und 2014 deutlich verbessert. Stimmt im Jahr 2002 noch 27 % der

³ Zum Verlauf der medialen Berichterstattung im Jahr 2016 siehe die detailliertere Analyse in Abbildung 24.

Befragten der Aussage zu, die Wirtschaft profitiere von Migration, so waren es 40 % im Jahr 2014. Im selben Zeitraum wurden die Briten zugleich leicht skeptischer gegenüber den kulturellen Konsequenzen von Migration: Der Anteil derer, die Migration für eine Bedrohung des kulturellen Lebens halten, wuchs währenddessen von 32 % auf 38 % (Ford/Lymeropoulou 2017, S. 8). Gleichwohl lässt sich zunächst feststellen: Der starke Anstieg der Migrationszahlen seit 2002 führte keineswegs zu einem generellen negativen Meinungsumschwung in der Öffentlichkeit.

Abb. 8: Entwicklung der Einstellungen gegenüber Migration, 2002-2014

	2002	2014	Veränderung 2002-2014
Ist Migration gut oder schlecht für die Wirtschaft?			
gut	27 %	40 %	+13 %
weder gut noch schlecht	28 %	22 %	-6 %
schlecht	43 %	36 %	-7 %
Nehmen Migranten Arbeitsplätze weg, oder schaffen sie neue?			
schaffen Arbeits- plätze	22 %	32 %	+10 %
weder noch	35 %	30 %	-5 %
nehmen Arbeitsplät- ze weg	41 %	36 %	-5 %
Verbessert oder verschlechtert sich Kriminalität durch Migration?			
verbessert sich	8 %	13%	+5%
weder noch	30 %	33 %	+3 %
verschlechtert sich	60 %	50 %	-10 %
Wird das kulturelle Leben durch Migration bereichert oder untergraben?			
wird bereichert	44 %	43 %	-1 %
weder noch	22 %	17 %	-5 %
wird untergraben	32 %	38 %	+6 %

Quelle: Ford/Lymeropoulou 2017 / Eigene Darstellung

IN MIGRATIONSFRAGEN HAT DIE SPALTUNG DER BRITISCHEN GESELLSCHAFT ZUGENOMMEN

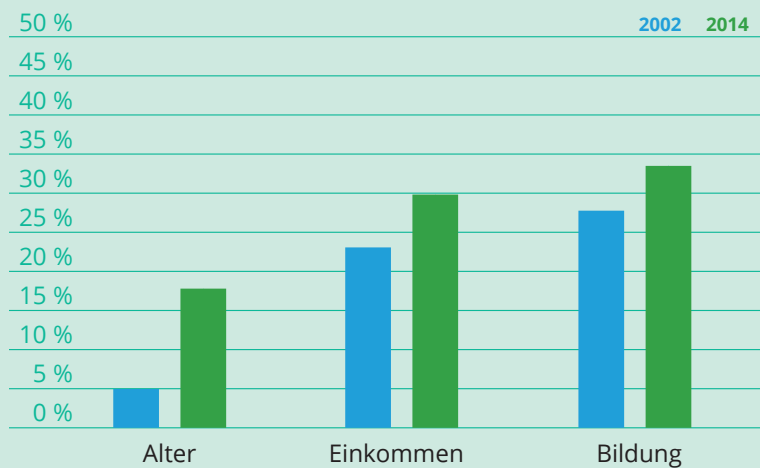
Deutlich ist aber die zunehmende Spaltung der britischen Gesellschaft in Migrationsfragen zu erkennen. Diese wird sichtbar, sobald die 2002 und 2014 durchgeführten Erhebungsrunden von European Social Survey einander direkt gegenübergestellt werden. Insbesondere die Distanz der Einstellungen bezüglich der wirtschaftlichen Folgen von Migration hat zwischen den unterschiedlichen Alters-, Einkommens- und Bildungsgruppen erheblich zugenommen, wenngleich auch die jüngere Generation nach wie vor mit knapper Mehrheit migrationskritisch ist. Im europäischen Vergleich ist Großbritannien das am tiefsten gespaltene Land hinsichtlich der Einschätzung der Wirtschaftsfolgen von Migration (Ford/Lymeropoulou 2017, S. 1). Befragte mit niedrigem Alter, höherem Einkommen und größerem Bildungsgrad schätzen die Wirtschaftsfolgen von Migration positiver ein als Befragte mit höherem Alter, geringerem Einkommen und niedrigerem Bildungsgrad (Abbildung 8). Betrug die Spaltung zwischen Alt und Jung im Jahr 2002 noch 5 Prozentpunkte, so verdreifachte sie sich bis 2014 auf 19 %. Nach wie vor ist allerdings auch ein nicht zu unterschätzender Anteil der jüngeren Generation skeptisch gegenüber den wirtschaftlichen und kulturellen Folgen von Migration. Noch deutlicher sind demgegenüber die gruppenspezifischen Unterschiede in den Bereichen Bildung und Einkommen:

Abb. 9: Gruppenbezogene Unterschiede in den Einstellungen zu Migration (Zustimmungswerte, 2014)

	Migration bereichert Kultur	Migration ist gut für die Wirtschaft	Migration schafft Arbeitsplätze	Migration verursacht Kriminalität
Alter 18-29	48 %	48 %	31 %	45 %
Alter 70+	31 %	29 %	29 %	60 %
Differenz	17 %	19 %	2 %	15 %
Hohes Einkommen	61 %	57 %	45 %	43 %
Geringes Einkommen	32 %	27 %	24 %	52 %
Differenz	29 %	30 %	21 %	9 %
Hoher Bildungsgrad	68 %	62 %	52 %	37 %
Geringer Bildungsgrad	30 %	29 %	25 %	57 %
Differenz	38 %	33 %	27 %	20 %

Quelle: Ford/Lymeropoulou 2017 / Eigene Darstellung

Abb. 10: Entwicklung der Unterschiede in der positiven Einschätzung von Migration (prozentuale Differenz), 2002 und 2014



Quelle: Ford/Lymeropoulou 2017 / Eigene Darstellung

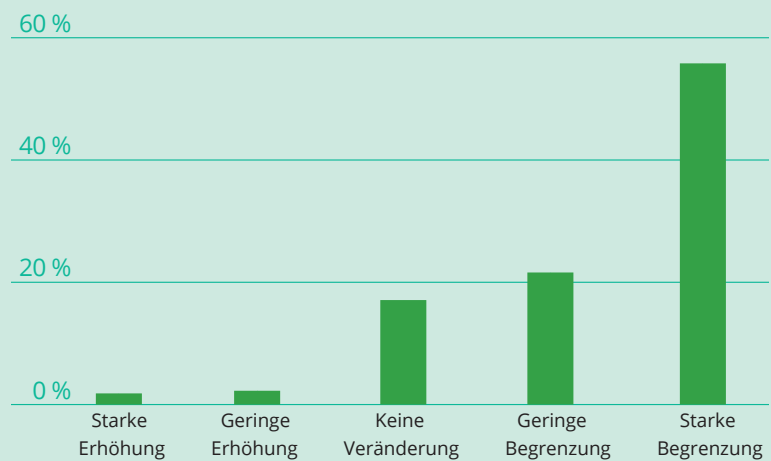
Nun sind diese gruppenspezifischen Unterschiede der migrationspolitischen Einstellungsmuster für sich genommen keineswegs eine Besonderheit: Laut vergleichenden Analysen von European Social Survey lassen sich ähnliche Polarisierungen auch in Österreich, Finnland, Spanien und Schweden beobachten (ESS 2016). Diese Spaltungen haben aber deutlich zugenommen, da jüngere Bevölkerungsgruppen mit hoher Bildung und gutem Einkommen inzwischen weitaus positivere Einstellungen gegenüber den wirtschaftlichen Folgen von Migration haben als noch 2002. Die Einstellungsmuster von Bevölkerungsgruppen mit geringerem Einkommen und geringerer Bildung blieben demgegenüber im Verlauf der letzten 15 Jahre bis 2014 weitgehend stabil (Ford/Lymeropoulou 2017, S. 13). Das bedeutet: Bisher ohnehin schon migrationsfreundliche Einstellungen haben sich verbessert, während migrations-skeptische Einstellungen sich nicht wesentlich verschlechtert haben. Dieser Befund scheint der zunehmenden Präsenz des Themas Migration in der Öffentlichkeit zu widersprechen. Erklären lassen könnte er sich damit, dass mit der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft auch die Politisierung von Migrationsfragen zunahm und migrationsfeindliche Forderungen gerade bei Wahlkämpfen weitaus größeres Gehör fanden.

DIE POLARISIERUNGEN HABEN SICH VERSCHÄRFT

DIE MEHRHEIT DER BRITEN FORDERT EINE BEGRENZUNG DER EINWANDERUNGSZAHLEN

Unbestritten bleibt allerdings, dass sich eine deutliche Mehrheit der Briten für eine Begrenzung der Migrationszahlen ausspricht – unabhängig davon, ob Migration als solche positiv oder negativ eingeschätzt wird. Im Jahr 2013 beispielsweise sprachen sich 77 % der Befragten für eine geringe oder starke Begrenzung aus (Ford/Heath 2014). Auch ein Teil derjenigen also, die Migration grundsätzlich positiv gegenüberstehen, befürworten eine Einwanderungsbegrenzung. Selbst in ‚kosmopolitischen‘ Landesteilen wie London befürworten ca. zwei Drittel der Bevölkerung eine zumindest geringfügige Reduzierung der Einwanderungszahlen. Zugleich ist die öffentliche Einstellung Migration gegenüber selektiver geworden: Sprachkenntnisse, Arbeitsqualifikationen und Bildung zählen für 65 % der Befragten zu den Voraussetzungen für Einwanderung (Ford/Lymeropoulou 2017, S. 9). Qualifizierte Arbeiter, Studenten und Familienangehörige gehören daher zu den präferierten Zuwanderergruppen.

Abb. 11: Antworten auf die Frage: Sollte Migration zukünftig erhöht oder begrenzt werden (2013)



Quelle: Ford / Heath 2014 / Eigene Darstellung

DAS AUSMASS VON MIGRATION WIRD REGELMÄSSIG ÜBERSCHÄTZT

Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern wird auch in Großbritannien das Ausmaß von Migration in der öffentlichen Wahrnehmung seit Jahren überschätzt. Umfragen von Ipsos MORI zufolge wird der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in Großbritannien von Befragten regelmäßig auf ca. 31 % geschätzt, obwohl er tatsächlich bei 13 % liegt. Mit dieser Lücke zwischen Wahrnehmung und Realität liegt Großbritannien im europäischen Vergleich deutlich über dem Durchschnitt. Ursächlich hierfür dürfte die zentrale mediale Präsenz des Themas seit 2004 sein, die zu einer Wahrnehmungsverzerrung geführt hat. Die Überschätzung der Migrationszahlen bringt in jedem Fall die zentrale Bedeutung des Themas in der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck. Ähnliches ist auch bei der Wahrnehmung von Akteursgruppen als „Migranten“ zu beobachten. Einer 2011 im Auftrag der Oxford University vorgenommenen Studie von Ipsos MORI zufolge assoziieren 62 % der Befragten Migranten mit Asylbewerbern und nur 29 % mit Studierenden. Tatsächlich gehörten Studenten aber zu der größten Einwanderungsgruppe und Asylbewerber mit ca. 4 % zur kleinsten (Migration Observatory 2011, S. 3). Dieses als „imagined immigration“ (Blinder 2013) bezeichnete Phänomen lässt sich mitunter damit erklären, dass Migration erstmals mit dem kurzfristigen Anstieg der Asylbewerberzahlen in den späten 1990er Jahren (s.o. Kap. 2.2) öffentlich thematisiert wurde und dementsprechend Asyl und Migration noch immer im öffentlichen Gedächtnis miteinander verknüpft sind. Wahr-

nehmungsverzerrungen lassen sich aber auch an anderen Beispielen beobachten: So gehen 62 % der Befragten von Migranten mit langfristiger Bleibeabsicht aus, obwohl laut offiziellen Angaben des ONS fast 70 % der Einwanderer weniger als vier Jahre im Land bleiben – vorwiegend zu Ausbildungszwecken (Migration Observatory 2011, S. 3). Eine von der Öffentlichkeit geforderte Begrenzung der Migrationszahlen hätte also die stärksten Auswirkungen auf internationale Studierende, obwohl davon auszugehen ist, dass nur eine Minderheit der britischen Bevölkerung die Zuwanderung von Studenten ablehnt.

Die Furcht vor den kulturellen Konsequenzen von Migration, das wurde bereits gezeigt, hat in den letzten 10 Jahren zugenommen. Die britische Bevölkerung ist hier auch im Ländervergleich überdurchschnittlich skeptisch: In einer 2012 vorgenommenen Erhebungsrunde von European Social Survey gehört Großbritannien zusammen mit Griechenland, Russland, der Tschechischen Republik, Israel und der Slowakei zu den Staaten, deren Bevölkerungen die deutlichsten kulturellen Vorbehalte gegenüber Migration zeigen (Duffy/Frere-Smith 2014, S. 59). Das gilt nicht nur für die Einstellungen gegenüber Migration: Auch die kulturellen Folgen der EU-Mitgliedschaft werden pessimistischer eingeschätzt als deren wirtschaftliche Konsequenzen: Umfragen von British Social Attitudes zufolge waren 2015 nur 18 % der befragten Briten der Meinung, die EU-Mitgliedschaft sei wirtschaftlich nachteilig für das Vereinigte Königreich – fast doppelt so viele hingegen beurteilten die wirtschaftlichen Folgen positiv (Curtice 2016, S. 213). Weitaus kritischer hingegen scheinen die Briten gegenüber den kulturellen Einflüssen der EU-Mitgliedschaft zu sein: Einer im selben Jahr durchgeführten Studie zufolge war stimmte fast die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass Großbritanniens „distinctive identity“ durch die Europäische Union unterminiert werde (Ebd., S. 214).

DIE BRITISCHE GESELLSCHAFT IST SKEPTISCH GEGENÜBER DEN KULTURELLEN KONSEQUENZEN VON MIGRATION

Abb. 12: Kulturelle Vorbehalte gegenüber Migration im Ländervergleich

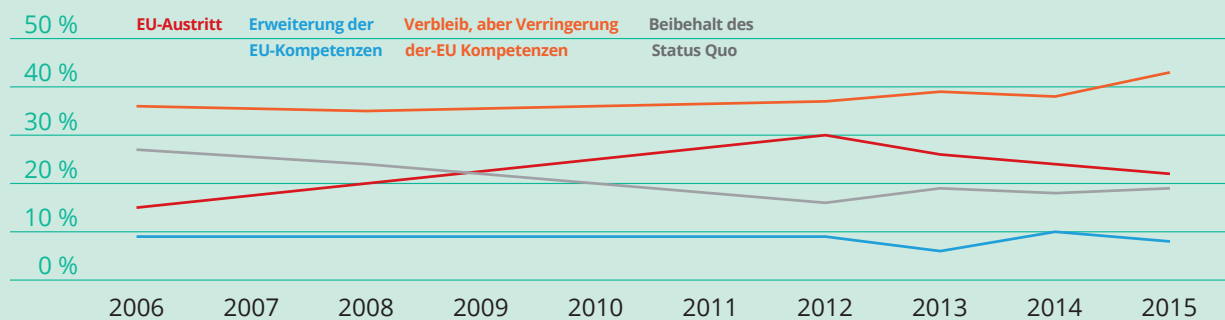


Quelle: Duffy/Frere-Smith 2014 / Eigene Darstellung

3.1 WELCHE ROLLE SPIELTE MIGRATION FÜR DAS BREXIT-REFERENDUM?

Am 23. Juni 2016 entschied sich die britische Bevölkerung als erster Mitgliedstaat in der Geschichte der Europäischen Union, aus dem Staatenverbund auszutreten. Bei einer Wahlbeteiligung von 72 % stimmten 51,9 % der Briten (17,9 Millionen Menschen) für den Austritt, wohingegen 48,1 % (16,1 Millionen Menschen) sich für den Verbleib in der EU aussprachen. Das Land schien gleichsam in der Mitte gespalten. Obwohl der Ausgang des Referendums für Beobachter zweifellos eine Überraschung darstellte, so war die britische Gesellschaft schon lange vor 2016 von deutlichen sozialen, räumlichen und ökonomischen Gegensätzen gekennzeichnet. Die Aufforderung des Referendums, sich entweder für oder gegen die EU zu entscheiden, machte diese Spaltung nun in aller Deutlichkeit sichtbar und schien die bisher allenfalls als passive Disposition latente vorhandene Europaskepsis der Briten aktiviert zu haben. Denn obwohl die britische Gesellschaft traditionell europaskeptisch ist, so waren es noch 2015 nur ca. 22 % der Bevölkerung, die einen Austritt befürworteten – wenngleich sich 43 % für eine Reduzierung des europäischen Einflusses aussprachen (Curtice 2016, S. 211). Die 2015 einsetzende ‚Flüchtlingskrise‘ schien bei der Verschärfung der Positionen in den Monaten vor dem Referendum zumindest keine unmittelbare Rolle gespielt zu haben: Laut einer von Ipsos MORI durchgeführten Längsschnittstudie haben sich die britischen Einschätzungen der Folgen von Migration auch im Zeitraum zwischen September 2015 und Juni 2016 nicht verschlechtert, sondern sogar verbessert. Allerdings lässt sich vermuten, dass mit der steigenden Salienz des Themas und der vorwiegend negativen Medienberichterstattung auch die Polarisierungen zugenommen haben, von denen die *Leave*-Kampagne profitieren konnte.

Abb. 13: Britische Einstellungen gegenüber der Europäischen Union, 2006-2015



Quelle: Curtice 2016 / Eigene Darstellung

Abb. 14: Britische Einstellungen gegenüber den Folgen von Migration im Zeitraum zwischen Februar 2015 und Oktober 2016



Quelle: Duffy et al. 2017 / Eigene Darstellung

Wirtschaft (21 %), Migration (20 %) und Souveränität (17 %) waren die drei dominierenden Themen der öffentlichen Brexit-Debatten (Swales 2016, S. 13). In dem emotional geführten Wahlkampf setzten die *Remainers* vor allem auf wirtschaftliche Argumente und betonten die unvorhersehbaren ökonomischen Risiken eines britischen EU-Austritts. Unter dem Motto „Britain stronger in Europe“ versammelte der britische Premierminister David Cameron vor allem wirtschaftliche Stimmen zur Unterstützung seiner Kampagne, darunter British Gas, die Automobile Association und British Telecom. Insgesamt sprachen sich die Chefs der 40 größten Unternehmen des Vereinigten Königreichs öffentlich gegen einen EU-Austritt aus und warnten vor einem Rückgang von Investitionen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit (vgl. ausführlich zur Kampagne: Clarke/Goodwin/Whiteley 2017, S. 37). Neben David Cameron und George Osborne, die kaum als Europa-Enthusiasten gelten dürften, mangelte es der *Remain*-Kampagne allerdings an prominenten und wortführenden Köpfen. Obwohl sie überparteilich unterstützt wurde, ist sie in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem mit dem Premierminister in Verbindung gebracht worden, dessen Popularität stetig nachließ. Die damalige Innenministerin und jetzige Premierministerin Theresa May beispielsweise beteiligte sich trotz eines öffentlichen Bekenntnisses zum Verbleib kaum an dem Wahlkampf. Die Labour-Partei wiederum wollte in der Öffentlichkeit nicht allzu eng mit den Tories verbunden werden, nachdem sie im Rahmen des gemeinsamen Wahlkampfes zum schottischen Unabhängigkeitsreferendum 2014 aus diesem Grund erheblich an Stimmen verloren hatte. Parteivorsitzender Jeremy Corbyn sprach sich nur selten und zögerlich für einen Verbleib aus. Insgesamt dominierte ein pragmatischer Argumentationsstil: Während eine weitere Integration abgelehnt wurde, galt ein Verbleib gegenüber einem Brexit als das kleinere Übel. Nahezu ausschließlich wurden die Argumente gegen einen Austritt, nicht aber die Anreize eines Verbleibs betont (von Ondarza 2016, S.7). Auch aus diesem Grund wurde die Kampagne von der Gegenseite bald als „Project Fear“ kritisiert.

Die Befürworter des Brexits organisierten sich in zwei unterschiedlichen Kampagnen. Unter dem Titel „Vote Leave“ wurde die offizielle Kampagne von dem ehemaligen Londoner Bürgermeister Boris Johnson angeführt, der von anderen konservativen Kabinettsmitgliedern wie dem Justizminister Michael Gove und dem Fraktionsvorsitzenden Chris Grayling unterstützt wurde. Die zweite, inoffizielle Kampagne „Leave.EU“ wurde von UKIP-Sponsor Arron Banks und UKIP-Chef Nigel Farage geleitet und adressierte weniger gemäßigte EU-Skeptiker, sondern die überzeugten EU-Gegner. Es lassen sich drei gemeinsame Kernargumente der Kampagnen finden:

Erstens wurde Migration als zentrales Thema von beiden Kampagnen adressiert. Solange Großbritannien in der EU verbleibe, so das Argument, werde das Land von einem unkontrollierten Strom an Migranten bedroht. In rhetorischen und medialen Strategien wurde hierbei die Skepsis gegenüber der Zuwanderung von EU-Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa mit der Flüchtlingsthematik verbunden. Exemplarisch hierfür steht Nigel Farages Wahlkampfplakat vom Juni 2016, welches eine große Menge an vorwiegend arabischstämmigen Geflüchteten unter dem Titel „Breaking Point: The EU has failed us all. We must break free from the EU and take back control“ zeigt (Abb. 13). Die in der britischen Gesellschaft vorhandene Skepsis gegenüber den Freizügigkeitsregelungen der EU wurde hier in einen direkten Bezug zur thematisch völlig anders gelagerten Fluchtmigration gebracht.

DREI DOMINIERENDE THEMEN:

- WIRTSCHAFT
- MIGRATION
- SOUVERÄNITÄT

DIE REMAIN-KAMPAGNE KONZENTRIERTE SICH AUF WIRTSCHAFTLICHE ARGUMENTE

Abb. 15: Nigel Farage vor dem Leave-Wahlkampfplakat im Juni 2015



Foto: picture alliance/empics

DIE LEAVE-KAMPAGNE VERKNÜPFTE DIE THEMEN MIGRATION UND EUROPA

Zweitens wurde der Austritt aus der EU als eine vermeintliche Erneuerung der britischen Demokratie und eine Wiedererlangung von Souveränität bezeichnet. Demokratische Legitimität sei nicht gegeben, solange britische Parlamentsbeschlüsse an Gerichtsentscheidungen des Europäischen Gerichtshofes gebunden seien und Großbritannien in der EU überstimmt werden könne. Unter dem Motto „Let’s take back control“ wurde also nicht allein auf eine Kontrolle der Zuwanderung, sondern auch auf einen Rückgewinn der britischen Parlamentsouveränität und eine Befreiung von der Brüsseler Fremdherrschaft hingedeutet. Hier zeigt sich: Die Themen Migration und Europa wurden miteinander verknüpft und in einen direkten Gegensatz zu demokratischer Souveränität gestellt.

Drittens schließlich spielten auch ökonomische Argumente eine Rolle. Unter dem Slogan „We send the EU £350 million a week – let’s fund our NHS instead“ wurde gefordert, die jährlichen EU-Zahlungen Großbritanniens durch einen Austritt unmittelbar in das Gesundheitssystem fließen zu lassen. Die Behauptung, Großbritannien leiste Zahlungen in Höhe von 350 Millionen Pfund pro Woche, erwies sich als falsch, da weder der schon von Margaret Thatcher ausgehandelte ‚Brittenrabatt‘ noch die Zahlungen der EU an den britischen Privatsektor und die öffentlichen Institutionen in diese Rechnung mit einbezogen wurden (Niedermeier/Ridder 2017, S. 27). Dennoch war der Slogan ein zentrales Element der Wahlkampagne von Boris Johnson und stets medienwirksam auf dem roten Wahlkampfbus zu sehen, der die Kulisse für Veranstaltungen bildete.

Abb. 16: Boris Johnson mit Unterstützern seiner Kampagne vor dem „Vote Leave“ Wahlkampfbus



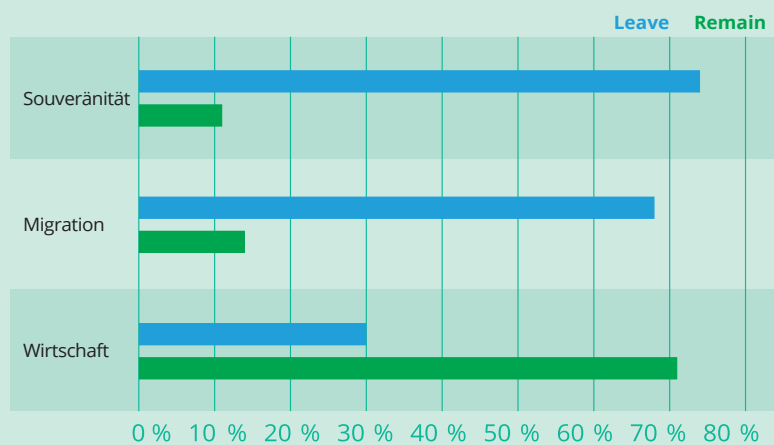
Foto: picture alliance/REUTERS

Von den drei Themen der *Leave*-Kampagne war Migration zweifellos das ausschlaggebende: Wählernachbefragungen von Ipsos MORI haben ergeben, dass für ca. 68 % derjenigen, die für den Brexit stimmten, Migration der entscheidende Grund war (Duffy et al. 2017, S. 11). An erster Stelle stand mit 74 % die Wiedererlangung britischer Souveränität. Die Erwartung, die britische Wirtschaft werde durch einen Austritt gestärkt, spielte nur für ca. 30 % der Wähler eine Rolle.

**MIGRATION ALS ENTSCHEIDENDES
THEMA DER LEAVE-KAMPAGNE:
FÜR 68 % DER AUSTRITTSWÄHLER
DAS WICHTIGSTE MOTIV**

Migration kann nun allerdings in zweierlei Weise als Motiv für das Brexit-Votum gelten: Sie kann als Arbeitsplatzkonkurrenz und als Last für das Sozialsystem wahrgenommen werden und damit eine wirtschaftliche Dimension haben. Migration kann aber auch als Bedrohung für die Identität einer regional oder national verfassten Gemeinschaft verstanden werden und damit eine politisch-kulturelle Dimension haben. In beiderlei Dimensionen schien die Brexit-Debatte Vorbehalte seitens der Bevölkerung geweckt zu haben. Dies wird deutlich, sobald man die Brexit-Wählerstruktur nach objektiven und subjektiven Gesichtspunkten untergliedert.

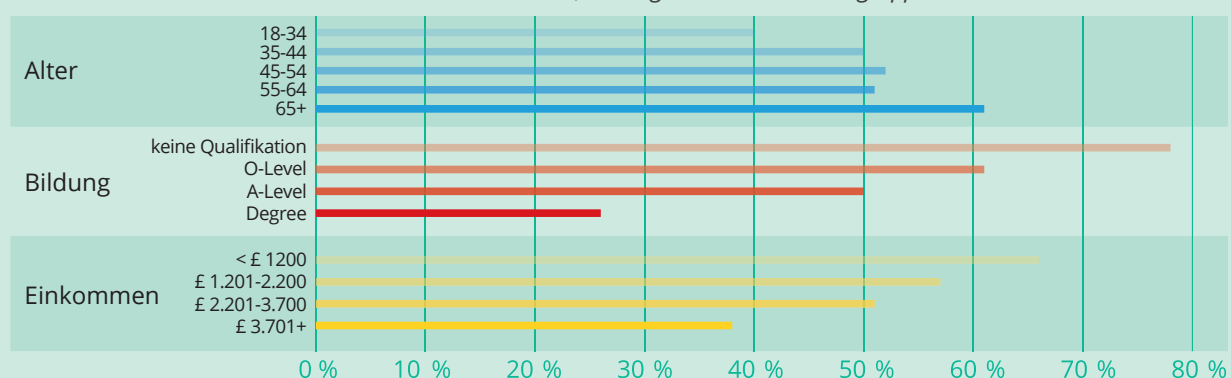
Abb. 17: Motive für die Wahlentscheidung beim Referendum



Quelle: Swales 2016 / Eigene Darstellung

Objektiv lassen sich über die Brexit-Wählerschaft folgende Aussagen treffen: Datenerhebungen von NatCen Social Research zufolge hatten 78 % der Austrittswähler keinen akademischen Abschluss, 66 % verfügten über ein monatliches Einkommen von weniger als 1.200 Pfund und 70 % waren von der Bereitstellung von Sozialwohnungen abhängig. 61 % waren darüber hinaus älter als 65 Jahre (Swales 2016, S. 7). Diejenigen, die für einen Verbleib stimmten, waren demgegenüber im Durchschnitt jünger, besser gebildet und verfügten über ein höheres monatliches Einkommen.

Abb. 18: Prozentualer Anteil der Austrittswähler an Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen

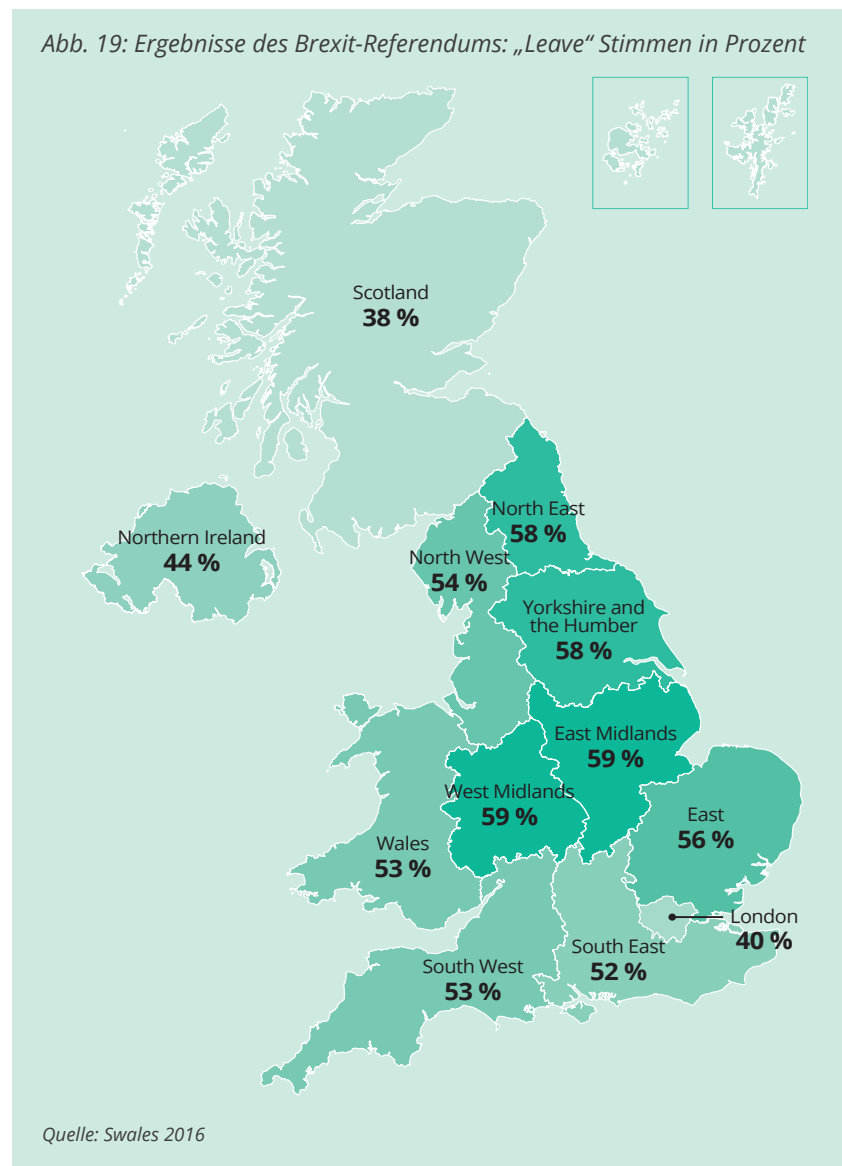


Quelle: Swales 2016 / Eigene Darstellung

**IM STRUKTURSCHWACHEN
NORDEN ENGLANDS WAR DIE
ZUSTIMMUNG ZUM BREXIT
HÖHER ALS IM WIRTSCHAFTLICH
ERFOLGREICHEREN SÜDEN**

Auch lassen sich deutliche regionale Disparitäten erkennen: Schottland stimmte mit 62 % für einen Verbleib in der EU, in der Hauptstadt Edinburgh waren es sogar 74 %. Ähnliches zeigte sich in Nordirland und der Metropolregion London, wo sich 56 % bzw. 60 % der Wählerinnen und Wähler für einen Verbleib aussprachen. Die Ablehnung des Brexit überwog auch in den großen Städten wie Manchester (60 %) und Liverpool (58 %). Ein anderes Bild zeigt sich im Süden des Landes: In den West und East Midlands stimmten 59 % der Wählerinnen und Wähler für den Brexit, in Wales waren es 53 %. Wie die Karte zeigt, lässt sich am Brexit-Wahlverhalten das für die britische Gesellschaft charakteristische Nord-Süd-Gefälle wiedererkennen: Im wirtschaftsschwachen Norden (mit Ausnahme des traditionell europafreundlichen Schottland) waren die Zustimmungsraten zum Brexit am höchsten, während sie im wirtschaftsstarken Süden geringer waren. Auch der Gegensatz zwischen Stadt und Land wird im Wahlverhalten nachgezeichnet.

Abb. 19: Ergebnisse des Brexit-Referendums: „Leave“ Stimmen in Prozent

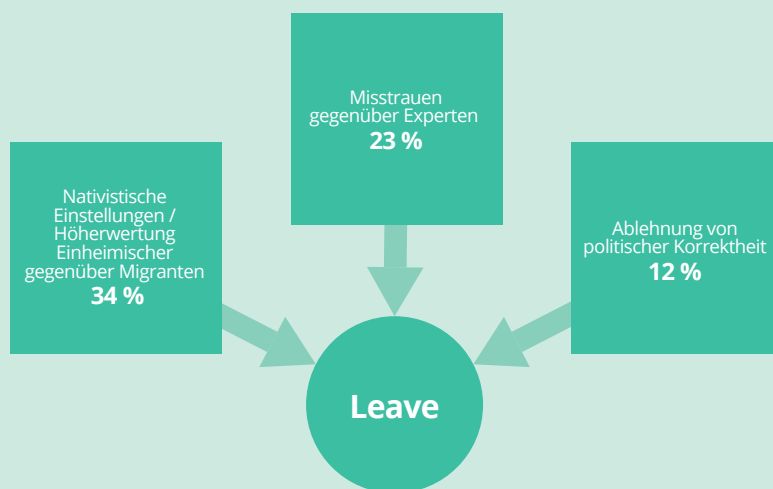


Der Brexit hat hier folglich die sozioökonomischen und regionalen Disparitäten sichtbar gemacht, die in der britischen Gesellschaft schon lange vorhanden waren. Die Vermutung liegt nahe, dass das Thema Migration hier insbesondere Sorgen vor Arbeitsmarktkonkurrenz im Niedriglohnsektor aus osteuropäischen Staaten geweckt hat. Die Rolle von Identitätsfragen bei der Austrittswahl macht ein Blick auf die subjektiven Charakteristika der Wählerschaft sichtbar: 70 % der Austrittswähler bezeichneten ihre eigene finanzielle Situati-

on als problematisch und über 70 % von ihnen waren der Meinung, dass sich Großbritannien im Verlauf der letzten zehn Jahre deutlich zum Schlechteren verändert habe und sie selbst im Vergleich zu anderen mehr darunter zu leiden hätten. 74 % wiederum definierten sich selbst als „English“ anstelle von „British“ (Swales 2016, S. 7). Von denjenigen, die sich selbst als „British“ bezeichneten, stimmten demgegenüber nur 45 % für den Brexit (Curtice 2017, S. 11). Damit wird deutlich, dass sich die Wählerschaft einerseits aus Personen rekrutierte, die sich ökonomisch auf der Verliererseite sahen. Andererseits wurden mit dem Brexit-Votum auch die Angst vor dem Verlust nationaler und vorwiegend englischer Identität artikuliert. Auch kulturelle Werte spielten eine entscheidende Rolle: Das britische Forschungsinstitut Ipsos MORI untersuchte auf dem Wege einer linearen Regressionsanalyse die Zusammenhänge zwischen Wertvorstellungen und Wählerpräferenzen beim Brexit-Referendum. Das Ergebnis: Nativistische Einstellungen, verstanden als die Ablehnung von Pluralismus und kultureller Diversität, gehörten zu den stärksten Erklärungsfaktoren, gefolgt von einem allgemeinen Misstrauen gegenüber Experten (Duffy et al. 2017, S. 12). Andere Studien bestätigen dieses Bild: Einer vom britischen Think-Tank Demos jüngst veröffentlichten Studie zufolge unterstützen 76 % der Austrittswähler die Aussage, die Bewahrung britischer Werte sei wichtiger als eine multikulturelle Gesellschaft (Gaston/Hilhorst 2018, S. 14). Nostalgie, nativistische Einstellungen und die Ablehnung kulturellen Pluralismus waren nicht zu unterschätzende Faktoren bei der Wahlentscheidung.

**74 % DER AUSTRITTSWÄHLER
DEFINIERTEN SICH SELBST ALS
„ENGLISH“ STATT „BRITISH“**

Abb. 20: Erklärungsfaktoren der Austrittswahl



Quelle: Duffy et al. 2017 / Eigene Darstellung

Die Präsenz von Identitätsfragen zeigte sich auch im Wahlkampf der UKIP-Partei, die ihre europa- und migrationskritische Rhetorik mit einem nostalgischen und spezifisch englischen Nationalismus verknüpfte (vgl. Hayton 2016). Der englische Nationalismus überschneidet sich schon seit längerer Zeit mit Europaskeptizismus und artikuliert sich in Form einer „Cultural Englishness“, die sich vorwiegend auf eine folkloristische Betonung vermeintlich typisch englischer Verhaltensweisen reduzierte (vgl. Miller 1995, S. 161). In den Stellungnahmen der UKIP-Partei hingegen wurde die englische Identität in europa- und elitenkritischen Kontexten thematisiert und gegenüber den anderen regionalen Identitäten bevorzugt. Der schottische, walisische und irische Nationalismus wurde sogar in eine direkte Verbindung zum Einfluss der EU gebracht. So heißt es bereits im UKIP-Wahlprogramm aus dem Jahr 2010:

Britain and Britishness are in trouble. They are being attacked and undermined, both externally and internally. They are threatened by the European Union (EU) and corporatist Americanised pressures from without, and betrayed by misguided politically correct ideology, extremist Islam and errant nationalism from within. (...) In addition, Britain faces a serious existential crisis, with Scottish, Welsh and Irish nationalisms on the rise. These nationalisms have been enchanted by Brussels that they will have more independence as a province of Europe than as a major constituent part of the United Kingdom. But this is bogus independence. (UKIP 2010, S. 3)

Auch im Brexit-Wahlkampf wurden trotz der unionistischen Ausrichtung der Partei insbesondere die englische Wählerschaft angesprochen, beispielsweise durch eine Ablehnung der Mehrsprachigkeit in Großbritannien und eine Kritik an den regionalen Unabhängigkeitsbewegungen. Für die UKIP-Partei ist die britische Identität von spezifisch „anglo-britischer“ Prägung (Hayton 2016, S. 408). Es wird hier deutlich, wie latent vorhandene regionale Identitätsvorstellungen im Verlauf der Brexit-Debatten sichtbar wurden. Erklären lässt sich dies auch mit der stetigen Verunsicherung vieler Briten über ihre eigene nationale Identität, deren traditionelle Orientierungspunkte im Verlauf der letzten Jahrzehnte zunehmend verlorengegangen oder in Frage gestellt worden sind (vgl. dazu die Infobox).

INFOBOX – Entstehung und Wandel der britischen Identität

Das Brexit-Referendum war auch ein Ausdruck der Unsicherheit der Briten über ihre eigene nationale Identität. Diese wird erst aus einer langfristigen Perspektive heraus sichtbar: Eine spezifisch britische Identität begann sich im Zeitraum zwischen der mit dem Act of Union 1707 vollzogenen Vereinigung des Königreichs England mit dem Königreich Schottland und Wales und dem Beginn des viktorianischen Zeitalters 1837 herauszubilden. Wie die Historikerin Linda Colley gezeigt hat, waren hierfür insbesondere drei Faktoren ausschlaggebend (Colley 1992): So war es zunächst die beständige Bedrohung durch einen Krieg mit Frankreich, welche die Konturen einer britischen Identität durch ein konstitutives „Außen“ zu schärfen begann. In der 130jährigen Zeitperiode zwischen 1707 und 1837 herrschte kaum Frieden zwischen den beiden damaligen Welt- und Kolonialmächten. Vorwiegend ergaben sich die Kriege aus der Konkurrenz um die koloniale Vorherrschaft in den Überseegebieten: Unter Kaiser Napoleon I. versuchte Frankreich nach den Koalitionskriegen, die koloniale Vormachtstellung des Kaiserreiches zu etablieren und konkurrierte mit Großbritannien um die Gebiete in Nordamerika, Westindien, Afrika, Asien und Europa. Selbst in den kurzen friedlichen Phasen dieser Zeit waren die französisch-britischen Beziehungen daher von starken Antagonismen und gegenseitigen Anfeindungen geprägt. Auf beiden Seiten des Ärmelkanals führte dies zu einer Konsolidierung der Gesellschaft und zu einer Zentralisierung der wirtschaftlichen und militärischen Infrastrukturen, die eine Grundlage für die Herausbildung einer britischen Identität bildeten.

Zweitens bildete der Protestantismus einen entscheidenden Bezugspunkt der Identifikation, mit dem sich die Briten ebenfalls gegenüber dem vornehmlich katholisch geprägten Europa abgrenzen konnten. Die internen Spannungen zwischen Protestanten, unkonformistischen anglikanischen Gemeinschaften, Presbyterianern, Baptisten und Quäkern wurden von dem fundamentalen Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken überdeckt. Mit dem Ende der Stuart-Restauration durch die *Glorious Revolution* von 1688 wurde der Katholizismus vorwiegend mit der absolutistischen Erbfolgemonarchie nach französischem Vorbild in Verbindung gebracht, deren Bedrohung mit den wiederholten Versuchen der Stuarts, die Macht mithilfe französischer und spanischer Truppen wiederzuerlangen, beständig wuchs. Auch hierdurch wurde das britische Selbstverständnis einer protestantischen Kultur geschärft, die sich gegen

die kontinentale Vorherrschaft katholischer Mächte zur Wehr setzen musste. Drittens schließlich war das britische Selbstverständnis als Imperial- und Handelsmacht ein zentraler Bestandteil der nationalen Identität. Insbesondere die Erweiterung des britischen Empires auf die fernöstlichen Kolonien in Indien und die Konfrontation mit kulturellen, sprachlichen und religiösen Differenzen verstärkte das Selbstbild des Heimatlandes als eine diesen fremden Kulturen überlegene, fortschrittliche und westliche Gesellschaft. Durch diese dreistellige Abgrenzung gegenüber der Konkurrenzmacht Frankreich, dem kontinentaleuropäischen Katholizismus und den kolonialen Kulturen des Ostens formierte sich also die britische Identität im Verlauf des frühen 18. Jahrhunderts. Keineswegs allerdings wurden die zuvor vorhandenen regionalen Identitätsbezüge durch die wachsende Bedeutung der „Britishness“ infrage gestellt oder ersetzt: Die schottischen, englischen, irischen und walisischen Identitäten blieben vorhanden und vereinigten sich unter dem Dach einer gemeinsamen Abgrenzung in politischen, religiösen und kulturellen Dimensionen (Colley 1992, S. 6).

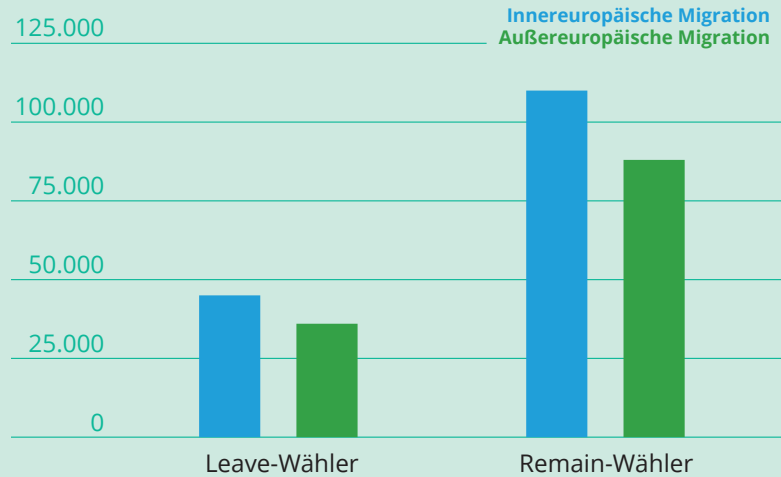
Dieser knappe und nur skizzenhafte historische Überblick macht deutlich, weshalb die britische Identität im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte zunehmend fragil geworden ist. Großbritannien konnte sich im Verlauf der europäischen Einigung weder im Kontrast zu Frankreich oder den anderen europäischen Staaten definieren, noch konnte die Identität als Imperialmacht mit dem Ende des Commonwealth aufrechterhalten werden. Der Protestantismus spielt außerhalb von Nordirland nur noch eine marginale Rolle in der britischen Gesellschaft und ist als säkularer Bezugspunkt kollektiver Identität höchstens noch in der jährlichen *Guy Fawkes Night* am 5. November zu erkennen. Auch die schwache britische Wirtschaft im Verlauf der 1970er Jahre erschütterte das britische Selbstbild als erfolgreiche Wirtschaftsnation und die britische Königsfamilie vermag die hierdurch bedingten gesellschaftlichen Spaltungen des Landes schon seit langem nicht mehr zu überbrücken. Ohnehin ist weniger die Monarchie, sondern die liberale Verfassungstradition des Landes ein zentraler Orientierungspunkt des kulturellen Gedächtnisses Großbritanniens. Der Westminster-Parlamentarismus allerdings lässt sich kaum noch als spezifisch britisch charakterisieren, da Parlamentarismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit zu den Kernbeständen aller europäischen Staaten gehören.

Zu einem überraschenden Ergebnis kam eine Studie, die im Jahr 2017 nach den gewünschten Höchstgrenzen der Zuwanderung von EU- und Nicht-EU Bürgern fragte. Es zeigte sich hier, dass die britische Wählerschaft innereuropäische gegenüber der außereuropäischen Migration regelmäßig vorzog, und zwar in allen Wählergruppen: Mehrheitliche Präferenzen für die Zuwanderung von EU-Bürgern wurden von einkommensschwachen ebenso wie von einkommensstarken Schichten formuliert. Auch in den Altersgruppen zeigten sich kaum Unterschiede (Hix/Kaufmann/Leeper 2017). Die Autoren erklären sich dieses Phänomen damit, dass kulturell basierte Ablehnungshaltungen gegenüber Migration nach der Brexit-Wahl mit wirtschaftlichen Argumenten nachträglich „rationalisiert“ wurden, um sie in der Öffentlichkeit leichter zu rechtfertigen (vgl. auch Kaufmann 2016). Wenngleich es sich hierbei noch um eine empirisch begründungsbedürftige sozialpsychologische Vermutung handelt, so spricht doch einiges für die Annahme, dass sich mit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 die ablehnenden Haltungen gegenüber nichteuropäischer Einwanderung noch verstärkten und viele der bereits EU-skeptischen Wähler zum Austrittsvotum motivierten. Auch das in Kapitel 3.1 als „imagined immigration“ bezeichnete Phänomen der verbreiteten Assoziierung von Migranten mit Asylbewerbern ließe sich somit plausibilisieren. Damit wird deutlich: Das gängige Narrativ des Brexit als Revolte der ökonomisch abgehängten Globalisierungsverlierer aus dem Norden Englands erzählt nur die halbe Wahrheit. Mindestens ebenso ausschlaggebend waren kulturelle Motive und Identitätsfragen, die auch jüngere Teile der Bevölkerung zum Austrittsvotum motiviert haben.

**INNEREUROPÄISCHE MIGRATION
WIRD VON DEN BRITEN
BEVORZUGT - UNABHÄNGIG VON
ALTER UND EINKOMMEN**

Die Vermutung, der Brexit sei ausschließlich eine Wahl älterer, schlecht gebildeter und einkommensschwacher Schichten, sollte also nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch ca. 40 % der 18-34-jährigen für den Brexit gestimmt haben (vgl. oben Abbildung 17). Auch wird gerne übersehen, dass ein nicht zu unterschätzender Anteil von 40 % der Bevölkerung Londons den Austritt befürworteten. Ein simpler Nord-Süd-Gegensatz scheint zur Erklärung des Wahlverhaltens also nicht auszureichen. Notwendig ist eine genauere Betrachtung der regionalen Zusammenhänge.

Abb. 21: Präferierte innereuropäische und außereuropäische Nettomigration (2017)



Quelle: Hix/Kaufman/Leeper 2017 / Eigene Darstellung

3.2 REGIONALE ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN MIGRATION UND DER ZUSTIMMUNG ZUM BREXIT

Zunächst wird deutlich, dass in den migrationsreichen Regionen des Südostens die Zustimmung zum Brexit niedrig war. Von den 20 Regionen mit den geringsten Migrantenanteilen wählten 15 für den Austritt, wohingegen 18 der 20 Regionen mit den höchsten Migrantenanteilen für den Verbleib stimmten (Goodwin/Heath 2016, S. 329).

Abb.22: Anteile von Migranten und Brexit Wählern in den Regionen

Region	Anteil von Migranten	Brexit-Wähler
London	36,8 %	40 %
South East	12,8 %	52 %
East	8,6 %	56 %
West Midlands	7,9 %	59 %
North West	7,9 %	54 %
East Midlands	5,7 %	59 %
Yorkshire	5,6 %	57 %
South West	5,1 %	53 %
Scotland	4,3 %	38 %
Wales	2,2 %	53 %
North East	1,6 %	58 %
Northern Ireland	1,4 %	44 %

Quelle: Swales 2016 / Vargas-Silva/Rienzo 2017 / Eigene Darstellung

NIEDRIGE ZUSTIMMUNG IN DEN MIGRATIONSREICHEN REGIONEN

Allerdings zeigt sich ebenso, dass die Zustimmung zum Brexit an Orten besonders hoch war, wo es in den Jahren vor 2016 auf lokaler Ebene zu einem vergleichsweise raschen und sichtbaren migrationsbedingten Wandel der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung kam (Goodwin/Milazzo 2017, S. 452). Der kleine Ort Boston in Lincolnshire (West Midlands) beispielsweise erfuhr im Verlauf der vergangenen zehn Jahre einen deutlichen demographischen Wandel: 2015 war der Anteil der nicht-britischen Anwohner 16mal größer als noch 2005. Zugleich verzeichnete der Ort mit über 75 % zugleich die größte Zustimmung zum Brexit im gesamten Land (Ebd., S. 454f.). Sie lag demgegenüber in der Ortschaft Taunton Deane nur bei 52 %, wo die demographische Wandlungsrate nur beim Faktor 3,8 lag. Migrations-skeptische Positionen scheinen also dort besondere Resonanz gefunden zu haben, wo die Folgen von Migration für die lokale Gemeinschaft in einem begrenzten Zeitraum unmittelbar sichtbar wurden. Dies bestätigt sich auch durch vorhergehende Studien über den Zusammenhang zwischen UKIP-Wahl-zustimmung und Migration: Hier zeigte sich ebenfalls, dass die migra-tionskritische UKIP eine breite Wählerschaft in solchen Gegenden mobilisieren konnte, in denen es innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens zu deutlichen ethnischen Wandlungsprozessen in der Bevölkerung kam (Kaufmann 2017). Dieser Befund muss nicht notwendigerweise der so-genannten Kontakthypothese widersprechen, die davon ausgeht, dass sich ablehnende Haltungen gegenüber Migranten mit zunehmendem Kontakt zu ihnen reduzieren (vgl. Pettigrew/Tropp 2006). Keineswegs nämlich begünstigt die objektive Präsenz von kulturellen und ethni-schen Minderheiten migrationsfeindliche Positionen: Vielmehr scheint der subjektiv wahrgenommene Wandel der lokalen Gemeinschaft inner-halb eines begrenzten Zeitraumes und in Relation zu der vorhergehenden demographischen Zusammensetzung ursächlich zu sein.

Abb. 23: Verwaltungsbezirke mit den höchsten demographischen Wandlungsraten

District/Borough	Region	Anteil von Migranten	Änderungsrate 2005-2015	Brexit-Wähler
Boston	East Midlands	15 %	16	75,6 %
West Lancashire	North West	6 %	9	55,3 %
Mansfield	East Midlands	10 %	5,5	70,9 %
Redditch	West Midlands	12 %	5,5	62,3 %
Maldon	East of England	3 %	4	62,6 %
Melton	East Midlands	4 %	4	58,1 %
Forest of Dean	South West	5 %	4	58,6 %
Taunton Deane	South West	9%	3,8	52,9 %
Corby	East Midlands	14 %	3,5	64,3 %

Quelle: Goodwin/Milazzo 2017 / Eigene Darstellung

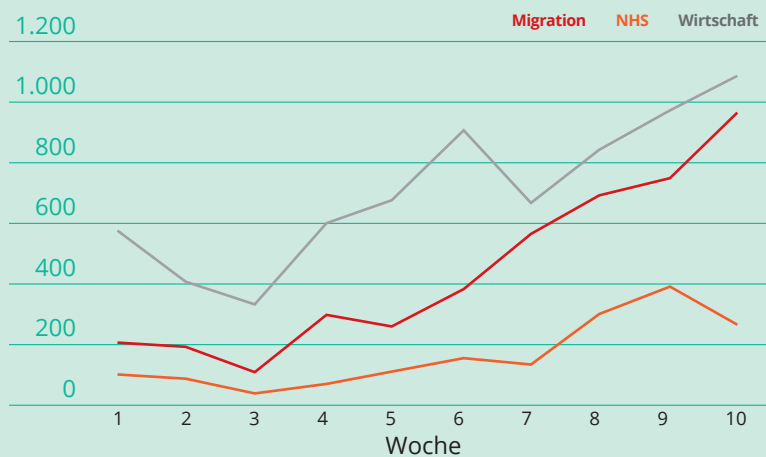
3.3 DIE ROLLE DER MEDIEN

Die britische Medienberichterstattung dürfte ebenfalls zu einer Verschärfung des migrationskritischen Meinungsklimas beigetragen haben. Auffallend war der eindeutig migrationsfeindliche Tenor der meinungs-führenden Presseorgane. Laut einer Studie des Londoner King's Col-lege, in der eine Inhaltsanalyse der gesamten Medienberichterstattung vor dem Brexit-Referendum durchgeführt wurde, gehörte Migration mit 4.383 Artikeln nach der Wirtschaft zu den meistabgedeckten Themen des Wahlkampfes (Moore/Ramsay 2017, S. 64). Im Verlauf der letzten zehn Wochen der Kampagne erschien die Migrationsthematik auf 99 Titelsei-

**KEINE UNTERSCHIEDUNG
ZWISCHEN MIGRATION,
FLUCHT UND ASYL**

ten von 15 unterschiedlichen Zeitungen.⁴ 76 % dieser Artikel erschienen in der Daily Express, der Daily Mail, der Daily Telegraph und der Sun – allesamt Zeitungen, die einen EU-Austritt befürworteten. Die Berichterstattung war auch außergewöhnlich persistent: In keiner der zehn Wochen des Wahlkampfes erschienen weniger als 250 migrationsbezogene Artikel. In der letzten Woche waren es sogar über 1.000 (Ebd., S. 65). In einem weitgehend boulevardesken Stil wurde Migration vorwiegend im Zusammenhang mit Gewaltverbrechen, Arbeitsplatzmangel und dem Missbrauch von Sozialleistungen thematisiert. Insbesondere türkische und albanische Staatsbürger wurden in negative Zusammenhänge gerückt und als Bedrohung für Sicherheit und Sozialleistungen geschildert. Auffallend oft wurden auch die Kategorien „Migrant“, „Asylum-Seeker“ und „Refugee“ miteinander vermischt oder gleichbedeutend verwendet. Durch die ausbleibende Differenzierung zwischen Migration, Flucht und Asyl wurde innerhalb des medialen Diskurses kaum eine sachliche Debatte über Migration geführt (vgl. Barnett 2016, S. 47). Durchaus galt dies auch für die Gegenseite, die nahezu ausschließlich die ökonomischen Gefahren eines Austritts thematisierte und kaum sachliche Argumente für einen Verbleib Großbritanniens in der EU formulierte.

Abb. 24: Themen der Brexit-Medienberichterstattung zwischen 15. April und 23. Juni 2016



Quelle: Moore/Ramsay 2017 / Eigene Darstellung

3.4 WELCHE GESELLSCHAFTLICHEN KONFLIKTLINIEN WURDEN IM BREXIT-REFERENDUM SICHTBAR?

**ÖKONOMISCHE SPALTUNG
ZWISCHEN ARM UND REICH**

Die objektiven Charakteristika der Brexit-Wählerschaft haben gezeigt, dass insbesondere ältere Briten mit niedrigem Bildungsgrad und geringem Einkommen für den Austritt stimmten. Auch waren die Zustimmungsraten in dem von Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen betroffenen Nordosten Englands besonders hoch, wie die graphische Darstellung zeigte. Dort dominierte die Sorge vor Arbeitsmarktkonkurrenz im Niedriglohnsektor aus den EU-Mitgliedstaaten und insbesondere aus Osteuropa. Im wirtschaftlich erfolgreicherer Süden und in London hingegen ergab sich die höhere Zustimmung zum Verbleib aus den ökonomischen Perspektiven der EU Mitgliedschaft. In der Finanzmetropole London sah man den Status als wichtigster

4 The Daily Mail, The Mail on Sunday, The Daily Express, The Sunday Express, The Guardian, The Observer, The Mirror, The Sunday Mirror, The Sun, The Sun on Sunday, The Times, The Sunday Times, The Telegraph, The Sunday Telegraph, The Financial Times (vgl. Moore/Ramsay 2017, S. 65).

europäischer Bankenstandort bedroht. Die schon lange vorhandene ökonomische Spaltung der britischen Gesellschaft fand hier also einen erneuten Ausdruck.

In diesem Zusammenhang muss auch der Konflikt zwischen zentral-urbanem Süden und peripher-ländlichem Norden verstanden werden: Der Brexit war nicht allein ein Votum Großbritanniens gegen die EU, sondern auch ein Votum Englands gegen London. Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Jung und Alt, Reich und Arm, Gebildet und Ungebildet verdichten sich zum Gegensatz zwischen Weltmetropole und Provinz (Bahners 2016, S. 10). Beide Lebenswelten unterscheiden sich erheblich und lassen sich kaum noch zu einem identitätsstiftenden Verständnis der „Britishness“ vereinen. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Elite des Landes rekrutiert sich vorwiegend aus den Universitätsstädten London, Oxford und Cambridge und ist in der britischen Hauptstadt oder im Südosten des Landes wohnhaft. Der Lebensstil in den von Anwälten, Bankern, Journalisten, Künstlern und Intellektuellen bewohnten hippen Londoner Stadtteilen mit ihren Kunstgalerien und Szenerestaurants lässt sich mit dem Alltag der deindustrialisierten Dienstleistungsschicht eines kleinen englischen Vorortes kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre fühlte sich der Rest des Landes zunehmend vom kulturellen Leben aber auch vom Zugang zur politischen Macht abgehängt. Insbesondere nach der Wirtschaftskrise 2008 verstärkte sich der Eindruck, das gesamte Land müsse für das Fehlverhalten Londoner Banker und Politiker die Rechnung zahlen. Auch der Labour-Partei gelang es nicht, der ländlichen Provinz außerhalb Londons ein politisches Sprachrohr zu bieten. Politiker beider großen Parteien wurden in der öffentlichen Wahrnehmung gleichermaßen mit dem europafreundlichen Establishment der britischen Hauptstadt in Verbindung gebracht. „Britain’s EU problem is a London problem“ – So brachte es der britische Historiker Peter Mandler unmittelbar nach dem Referendum auf den Punkt (Mandler 2016). Die EU – und mit ihr Migration – wurden gleichsam zu Sündenböcken der englischen Missgunst gegenüber London.

Hieraus lässt sich auch die letzte Konfliktlinie zwischen kosmopolitischen und ethnisch-nationalen Einstellungen verstehen. Der Brexit war auch eine Wahl gegen die Erfolgsgeschichte der Globalisierung, für die „Cool Britannia“ und das kosmopolitische London stehen, ebenso wie er eine Wahl gegen Pluralismus und für kulturelle Homogenität war. Der Brexit lässt sich so eine Form der „cultural defense policy“ verstehen, die eine Aufrechterhaltung der Mehrheitskultur beabsichtigt (Orgad 2016). Diejenigen also, deren Lebenswelt von nationalen oder lokalen Traditionen geprägt war, standen denen gegenüber, deren urbaner und weitaus mobilerer Lebensstil weniger auf partikuläre Identitätsbezüge angewiesen war. Diese kulturellen Gegensätze überschneiden sich durchaus mit bisher beschriebenen Konflikten: Die finanziell besser gestellten und gebildeteren Globalisierungsgewinner stehen den Globalisierungsverlierern mit geringerem Einkommen und schlechterer Bildung gegenüber. Gleichwohl lässt sich diese Konfliktlinie nicht mit rein ökonomischen Koordinaten erfassen. Wie nämlich die subjektiven Charakteristika der Wählerschaft gezeigt haben, waren es auch Identitätsfragen, mit denen die ablehnende Haltung gegenüber Migration begründet wurde. Ethnisch-nationale und kosmopolitische Einstellungen resultieren aus zwei unterschiedlichen Formen des „kulturellen Kapitals“ (Merkel 2017, S. 14): Für die einen besteht es aus häufigen Ortswechseln, internationalen Kontakten und einem urban geprägten Habitus, für die anderen resultiert es aus lokalen Bezügen, nationalen Kontakten und identitätsstiftenden Traditionen. Von letzteren wurde Migration als Symbol für einen rapiden sozialen Wandel wahrgenommen, der traditionelle Identitäten und Lebensweisen bedroht (Ford/Goodwin 2017, S. 22). Migration wirkte hier also wie ein politischer Katalysator für jene kulturellen Dispositionen, die sich aus einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Globalisierung und einem Bedürfnis nach nationalen Identitäten speisen. Die in vielen Teilen der Bevölkerung latent vorhandenen Spannungslagen brachen somit in aller Deutlichkeit hervor.

REGIONALE SPALTUNG ZWISCHEN LÄNDLICHER PERIPHERIE UND URBANEM ZENTRUM LONDON

KULTURELLE SPALTUNG ZWISCHEN KOSMOPOLITISCHEN UND ETHNISCH-NATIONALEN EINSTELLUNGEN

Der Ausgang des Brexit-Referendums zeichnete mindestens drei gesellschaftliche Konfliktlinien nach: Der klassische und vorwiegend ökonomisch kodierte Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, der auf räumlichen Disparitäten beruhende Konflikt zwischen urbanem Zentrum und ländlicher Peripherie und schließlich ein soziokultureller Konflikt zwischen kosmopolitischen und ethnisch-nationalen Einstellungen. Alle drei Konfliktlinien sind das Resultat eines langfristigen Prozesses, der spätestens in den 1960er Jahren mit dem wirtschaftsstrukturellen Übergang von Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, der Ausweitung der Mittelklasse und der Verschärfung der räumlichen Disparitäten einsetzte. Erst aus dieser langfristigen Perspektive heraus lässt sich der Brexit angemessen einordnen und verstehen. Nur bedingt sind dies spezifisch britische Phänomene: Erste vergleichende Studien zeigen ähnliche Konfliktlinien in anderen Ländern wie Deutschland, den USA und der Türkei (vgl. Strijbis/Teney 2017). Insbesondere in Deutschland kann der sich formierende Rechtspopulismus als Symptom der Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen *cleavages* interpretiert werden (Vorländer/Herold/Schäller 2017). Im Fall Großbritanniens lud das Brexit-Referendum zu einer binären Ja/Nein Positionierung gegenüber Globalisierung und Einwanderung ein und ließ die gesellschaftliche Spaltung schlagartig virulent werden. Die 2015 mit der Flüchtlingskrise aufkommende Migrationsfrage wirkte hier wie ein Kontrastmittel, das die Tiefe dieser Spaltung sichtbar werden ließ.

4. PERSPEKTIVEN

Zwei Jahre nach dem Brexit-Referendum sind die Einstellungen der britischen Gesellschaft gegenüber Migration deutlich positiver geworden – sowohl auf Seiten der Austrittsbefürworter wie auch auf Seiten der Austrittsgegner (Ford 2018). Das ist durchaus überraschend angesichts der Tatsache, dass sich die Einwanderungszahlen zwar verringert haben, jedoch noch immer weit oberhalb der von der Regierung im Zehntausenderbereich angesiedelten Grenze liegen. Es stellt sich auch die Frage, weshalb sich die Einstellungsmuster so schnell verbessert haben, obwohl die Folgen einer verringerten Einwanderung in so kurzer Zeit kaum in der Gesellschaft spürbar sein können. Die Vermutung liegt nahe, dass sich mit der im Referendumswahlkampf thematisierten Migrationsfrage latent vorhandene Identitätskonflikte artikulierten, deren Dynamiken nun wieder nachlassen. Migration wirkte wie ein kurzzeitiger Katalysator in der Referendumsfrage, die nur ein Ja oder Nein zuließ und somit die Einstellungen polarisierte. Diese Polarisierungen, das haben die in diesem Länderbericht diskutierten empirischen Studien gezeigt, entwickelten sich im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte aus den Spannungen der britischen Gesellschaftsstruktur.

Bis 2020, dem Ende der im März dieses Jahres vereinbarten Übergangsfrist, wird die britische Regierung ihr langfristiges Verhältnis zur EU und damit auch die Grundlagen ihrer Migrationspolitik klären müssen. Wie diese aussehen, hängt zunächst davon ab, ob sich Theresa May in der gegenwärtigen Regierungskrise durchsetzen können und der jüngst beschlossene, zäh errungene Plan eines „weichen“ Brexit vom Kabinett und der Regierungsfraktion getragen wird. Die Rücktritte von Brexit-Minister David Davis und Außenminister Boris Johnson – zwei Verfechter eines harten Bruchs mit der EU - zeigen, wie schwach der Rückhalt des von der Premierministerin eingeschlagenen Kurses ist. Die konservative Partei ist in der Frage nach ihrer zukünftigen Brexit-Strategie zutiefst gespalten und Theresa May muss nun weiterhin mit hartem Widerstand seitens des Brexit-Flügels ihrer Partei rechnen. Zwei Jahre nach dem Referendum befindet sich die britische Regierung in einer ihrer schwersten Krisen und die Zeit bis zum Ende der Übergangsfrist wird immer knapper.

Unabhängig von diesen Entwicklungen sind vier grundsätzliche Perspektiven denkbar: Ein Austritt aus der EU bei weiterbestehender Mitgliedschaft im Binnenmarkt und in der Zollunion, ein Abschluss eines Freihandelsabkommens, ein Austritt ohne Freihandelsabkommen und ein erneutes Referendum. Die erste Option wurde von Theresa May wiederholt ausgeschlossen, da dies eine Aufrechterhaltung der Freizügigkeitsregelungen der EU bedeuten würde. Auch ein zweites Referendum ist unwahrscheinlich und würde die Spaltungen der britischen Gesellschaft nur vertiefen. Ein harter Austritt ohne Abkommen allein unter den Regeln der WTO hätte erhebliche Instabilitäten gerade in Nordirland zufolge. Der mit dem Karfreitagsabkommen 1998 gelöste Grenzkonflikt zwischen Nordirland und Irland wird durch den britischen EU-Austritt wieder sichtbar und könnte eine Vertiefung der noch immer vorhandenen Spaltung zwischen katholisch-irischen Nationalisten und protestantisch-britischen Unionisten führen. Theresa Mays momentaner Kompromissvorschlag einer Freihandelszone für Waren und Agrarprodukte mit einem gemeinsamen Regelwerk und Sonderregelungen für Dienstleistungen, Kapital und Personenfreizügigkeit stellt somit die bisher realistischste Lösung dar. Falls sich die neue britische Linie durchsetzt, wird abzuwarten sein, wie sie seitens der Brüsseler Verhandlungsführer aufgenommen wird. Dort wird der Aufrechterhaltung der vier Grundfreiheiten eine höhere Bedeutung beigemessen als den Beziehungen zu London. Darüber hinaus lehnt die EU einen allzu maßgeschneiderten Deal ab, um keinen Präzedenzfall für andere Staaten zu schaffen.

ALTERNATIVEN:

- MITGLIEDSCHAFT IM BINNENMARKT
- FREIHANDELSABKOMMEN
- AUSTRITT OHNE ABKOMMEN
- NEUES REFERENDUM

Welche Folgen wird der Brexit für die Migrationspolitik haben? Die innereuropäische Migration in das Vereinigte Königreich wird nachlassen – das hat sich in den vergangenen zwei Jahren bereits gezeigt, wenngleich dies auch auf die Auswanderung von EU-Bürgern und den Rückzug europäischer Unternehmen zurückzuführen ist. Kaum anzunehmen ist aber, dass ein Austritt Großbritanniens aus der EU zu einer Wiedererlangung der vermeintlich verlorengegangenen Souveränität in der Migrationspolitik führen wird, wie es Nigel Farage's „Breaking Point“-Poster versprach. Zwar wird die britische Kontrolle innereuropäischer Migration durch das Ende der EU-Freizügigkeitsregelungen gestärkt, jedoch wird auch hier ein Ausgleich gefunden werden müssen: Einerseits muss die Regierung auf das Bedürfnis nach einer Reduzierung der Einwanderung reagieren, andererseits muss sie sich auch darüber bewusst sein, dass die britische Wirtschaft nicht auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und Studenten aus Europa verzichten kann. Das britische Arbeitsmarktmodell ist seit über 30 Jahren stark auf Wirtschaftsmigration angewiesen und wird sich kaum so kurzfristig reformieren lassen. Dementsprechend sind zwei grobe Richtungen der britischen Migrationspolitik nach dem Brexit denkbar: Entweder wird im Rahmen eines britisch-europäischen Abkommens ein Regime der Einwanderungssteuerung mit präferiertem Zugang für qualifizierte EU-Bürger vereinbart, oder die Regierung verzichtet auf solch ein Sonderabkommen und errichtet einen eigenen Rechtsrahmen für EU- und nicht-EU-Bürger gleichermaßen. Auch ist davon auszugehen, dass sich die britischen Kontrollmöglichkeiten der außereuropäischen Migration erheblich verringern werden. Konnte Großbritannien als EU-Mitglied aufgrund der Sonderregelungen bisher gemäß des „cherry picking“-Prinzips frei wählen, an welchen Gesetzen in den Bereichen Inneres und Justiz es sich beteiligen will, so wird es nun zu Zugeständnissen bereit sein müssen, um beispielsweise an der geplanten Dublin IV-Regulierung oder dem Schengener Informationssystem teilnehmen zu können (Thym 2017). Eine effektive Kontrolle der britischen Grenzen wird nach dem EU-Austritt voraussichtlich schwieriger als vorher und von der Kompromissbereitschaft der britischen Regierung abhängig sein. Egal welcher Brexit kommen mag – mit den Visionen seiner lautstärksten Befürworter wird er nur wenig gemeinsam haben. Ob mit der Einwanderung aus Europa auch die innergesellschaftlichen Spaltungen verschwinden werden, ist zweifelhaft.

LITERATUR

- Allen, William* 2016: A Decade of Immigration in the British Press. Migration Observatory Report, URL: http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/wp-content/uploads/2016/11/Report-Decade_Immigration_British_Press-1.pdf (letzter Zugriff: 20.06.2018).
- Bahners, Patrick* 2016: Parlamentarischer Imperialismus. Eine Geschichte vom Brexit; in: *Merkur*, Vol. 70, Nr. 808, S. 5-21.
- Barnett, Steven* 2016: How the mainstream media failed democracy; in: Jackson, Daniel / Thorsen, Einar / Wring, Dominic (Hrsg.): EU Referendum Analysis 2016: Media, Voters and the Campaign. Centre for the Study of Journalism, Culture and Community, Bournemouth University, Pool, S. 47.
- Blinder, Scott / Jeannet, Anne-Marie* 2017: The 'illegal' and the skilled: effects of media portrayals on perceptions of immigrants in Britain; in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*; DOI; URL: <https://doi.org/10.1080/1369183X.2017.1412253> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Blinder, Scott / Richards, Lindsay* 2018: UK Public Opinion toward Immigration: Overall Attitudes and Level of Concern. The Migration Observatory Briefing, URL: <http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/uk-public-opinion-toward-immigration-overall-attitudes-and-level-of-concern/> (letzter Zugriff: 15.06.2018).
- Blinder, Scott* 2015: Imagined Immigration: The Impact of Different Meanings of "Immigrants" in Public Opinion and Policy Debates in Britain; in: *Political Studies*, Vol. 63, S. 80-100.
- Cameron, David* 2011: Speech on radicalization and Islamic extremism, URL: <https://www.newstatesman.com/blogs/the-staggers/2011/02/terrorism-islam-ideology> (letzter Zugriff: 14.06.2018).
- Candor, Susan / Gibson, Stephen / Abell, Jackie* 2006: English identity and ethnic diversity in the context of UK constitutional change; in: *Ethnicities*, Vol. 6, Nr. 2, S. 123-158.
- Clarke, Harold / Goodwin, Matthew / Whiteley, Paul (Hrsg.)* 2017: Brexit. Why Britain voted to leave the European Union. Cambridge University Press, Cambridge.
- Colley, Linda* 1992: Britons. Forging the Nation 1707-1837; Yale University Press, New Haven/London.
- Curtice, John* 2016: A Question of Culture or Economics? Public Attitudes to the European Union in Britain; in: *The Political Quarterly*, Vol. 87, Nr. 2, S. 209-218.
- Curtice, John* 2017: The vote to leave the EU. Litmus test or lightning rod? *British Social Attitudes* 34, URL: http://www.bsa.natcen.ac.uk/media/39149/bsa34_brexit_final.pdf (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Delanty, Gerard* 2017: A divided nation in a divided Europe: Emerging Cleavages and the crisis of European integration; in: Outhwaite, William (Hrsg.): Brexit. Sociological Responses; Anthem Press, London/New York, S. 111-123.
- DEMIG Policy Database*, United Kingdom, URL: https://www.imi.ox.ac.uk/files/data/demig-policy-database_united-kingdom_version-1-3.xlsx, (letzter Zugriff: 15.06.2018).
- Duffy, Bobby / Frere-Smith, Tom* 2014: Perceptions and Reality. Public Attitudes to Immigration; URL: https://www.ipsos.com/DownloadPublication/1634_sri-perceptions-and-reality-immigration-report-2013.pdf (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Duffy, Bobby / Kaur-Ballagen, Kully / Gottfried, Glenn / Aslaksen, Alexandra Palmqvist* 2017: Shifting Ground. 8 key findings from a longitude study on attitudes towards immigration and Brexit. Ipsos MORI, URL: https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2017-10/Shifting%20Ground_Unbound.pdf (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- European Social Survey (ESS)* 2016: Attitudes towards Immigration and their Antecedents. Topline Results from Round 7 of the European Social Survey; URL: http://www.europeansocialsurvey.org/docs/findings/ESS7_toplines_issue_7_immigration.pdf (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Eurostat* 2017: Migration and migrant population statistics; URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Migration_and_migrant_population_statistics (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Ford, Robert / Goodwin, Matthew* 2010: Angry White Men: Individual and Contextual Predictors of Support for the British National Party; in: *Political Studies*, Vol. 58, Nr. 1, S. 1-25.
- Ford, Robert / Goodwin, Matthew* 2017: Britain after Brexit: A Nation divided; in: *Journal of Democracy*, Vol. 29, Nr. 1, S. 17-30.
- Ford, Robert / Heath, Antony* 2016: Immigration. A Nation Divided? *British Social Attitudes* 31, URL: http://www.bsa.natcen.ac.uk/media/38190/bsa31_immigration.pdf (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Ford, Robert / Jennings, Will / Somerville, Will* 2015: Public Opinion, Responsiveness and Constraint: Britain's Three Immigration Policy Regimes; in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 41, Nr. 9, S. 1391-1411.

- Ford, Robert / Lympelopoulou, Kitty* 2017: Immigration. How attitudes in the UK compare with Europe. *British Social Attitudes* 34, URL: http://bsa.natcen.ac.uk/media/39148/bsa34_immigration_final.pdf (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Ford, Robert* 2018: How have attitudes to immigration changed since Brexit?; in: *Medium*; URL: <https://medium.com/@robfordmanacs/how-have-attitudes-to-immigration-changed-since-brexite37881f55530> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Freeman, Gary* 1995: Modes of immigration politics in liberal democratic states; in: *International Migration Review*, Vol. 29, S. 881-902.
- Freeman, Gary* 2004: Commentary; in: *Cornelius, Wayne / Tsuda, Tekayuki / Martin, Philip / Hollifield, James* (Hrsg.): *Controlling Immigration. A Global Perspective*, Stanford University Press, Stanford.
- The Telegraph* 27.02.2016: Global Economy will suffer 'a shock' if Britain leaves EU, G20 warns, URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/newstopics/eureferendum/12175865/Global-economy-will-suffer-a-shock-if-Britain-leaves-EU-G20-warns.html> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Goodwin, Matthew / Milazzo, Caitlin* 2017: Taking back control? Investigating the role of immigration in the 2016 vote for Brexit; in: *The British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 19, Nr. 3, S. 450-464.
- GTAI – Germany Trade and Invest* 2014: Wirtschaftsstruktur und -chancen – Vereinigtes Königreich, URL: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Geschaefspraxis/wirtschaftsstruktur-und-chancen,t=wirtschaftsstruktur-und-chancen--vereinigtes-koenigreich,did=1228634.html> (letzter Zugriff: 17.04.2018).
- de Haas, Hein / Natter, Katharina / Vezzoli, Simona*: Growing Restrictiveness or Changing Selection? The Nature and Evolution of Migration Policies; in: *International Migration Review*, Fall 2016, S. 1-44; URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/imre.12288> (letzter Zugriff: 01.06.2018).
- Hampshire, James* 2005: *Citizenship and Belonging. Immigration and the Politics of Demographic Governance in Postwar Britain*. Palgrave Macmillan, Basingstoke.
- Hanewinkel, Vera* 2015: *Vereinigtes Königreich: Einwanderungsland wider Willen*; in: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.), 2015: *Newsletter Migration und Bevölkerung*; URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/200823/vereinigtes-koenigreich> (letzter Zugriff: 18.04.2017).
- Hansen, Randall* 2000: *Citizenship and Immigration in Post-war Britain. The Institutional Origins of a Multicultural Nation*. Oxford University Press, Oxford.
- Hansen, Randall* 2014: *Focus Migration – Länderprofil Vereinigtes Königreich*; in: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.): *Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik*. URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/198121/vereinigtes-koenigreich> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Hawkins, Oliver* 2018: *Migration Statistics*. House of Commons Briefing Paper, URL: <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SN06077/SN06077.pdf> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Hayton, Richard* 2016: *The UK Independence Party and the Politics of Englishness*; in: *Political Studies Review*, Vol. 14, Nr. 3, S. 400-410.
- Hix, Simon / Kaufmann, Eric / Leeper, Thomas J.* 2017: *UK voters, including Leavers, care more about reducing non-EU than EU migration*; *LSE EUROPP Blog*; URL: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/05/30/uk-voters-including-leavers-care-more-about-reducing-non-eu-than-eu-migration/> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Home Office of the United Kingdom* 2002: *Secure Borders, Safe Haven. Integration with Diversity in Modern Britain*; URL: <https://www.gov.uk/government/publications/secure-borders-safe-haven-integration-with-diversity-in-modern-britain> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Joppke, Christian* 1998: *Why liberal states accept unwanted immigration*; in: *World Politics*, Vol. 50, S. 266-93.
- Joppke, Christian* 2007: *Beyond National Models: Civic Integration Policies for Immigrants in Western Europe*; in: *West European Politics*, Vol. 30, Nr. 1, S. 1-22.
- Joppke, Christian* 2017: *Is Multiculturalism Dead?* Polity, Malden.
- Kaiser, André* 2007: *Parteien und Wahlen*; in: *Kastendiek, Hans / Sturm, Roland* (Hrsg.), 2007: *Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*. Verlag Barbara Budrich; Opladen & Farmington Hills, S. 181-204.
- Kaufmann, Eric* 2016: *It's NOT the economy, stupid: Brexit as a story of personal values*; *LSE British Politics and Policy Blog*, URL: <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/personal-values-brexite-vote/> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Kaufmann, Eric* 2017: *Levels or changes? Ethnic context, immigration and the UK Independence Party vote*; in: *Electoral Studies*, Vol. 48, S. 57-69.

- Kiss, Zsolt / Park, Alison* 2014: National Identity. Exploring Britishness. British Social Attitudes 31; URL: http://www.bsa.natcen.ac.uk/media/38984/bsa31_national_identity.pdf (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Mandler, Peter* 2016: Britain's EU problem is a London problem; in: Dissent-Magazine, URL: <https://www.dissentmagazine.org/blog/britains-eu-problem-london-problem> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Martin, Ron* 1989: The political economy of Britain's north-south divide; in: Lewis, Jim/Townsend, Alan (Hrsg.): The North-South Divide . Regional Change in Britain in the 1980s; Paul Chapman, London, S. 20-60.
- Merkel, Wolfgang* 2017: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie; in: Harfst, Philipp / Kubbe, Ina / Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites; Springer VS, Wiesbaden, S. 9-23.
- Migration Observatory* 2011: Thinking behind the Numbers: Understanding Public Opinion on Immigration in Britain; URL: http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/wp-content/uploads/2016/04/Report-Public_Opinion.pdf (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Miller, David* 1995: Reflections on British national identity; in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 21, Nr. 2, S. 153-166.
- Moore, Martin / Ramsay, Gordon* 2017: UK media coverage of the 2016 EU Referendum campaign. Centre for the Study of Media, Communication and Power, King's College London, URL: <https://www.kcl.ac.uk/sspp/policy-institute/CMCP/UK-media-coverage-of-the-2016-EU-Referendum-campaign.pdf> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Münch, Sybille* 2018. Integrationsdiskurse in Deutschland und Großbritannien zwischen Dichotomisierung und Super-Diversität; in: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft, Vol. 1, S. 173-188.
- Niedermeier, Alexaner / Ridder, Wolfram* 2017: Das Brexit-Referendum. Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven. Springer VS, Wiesbaden.
- ONS (Office for National Statistics)* 2016: Population dynamics of UK city regions since mid-2011; URL: <https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/populationandmigration/populationestimates/articles/populationdynamicsofukcityregionsincemid2011/2016-10-11> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- ONS (Office for National Statistics)* 2017: Regional gross disposable household income (GDHI): 1997 to 2015. URL: <https://www.ons.gov.uk/releases/regionalgrossdisposablehouseholdincomegdhi2015> (letzter Zugriff: 17.04.2018).
- ONS (Office for National Statistics)*, 2018a: Regional labour market statistics in the UK: April 2018; URL: <https://www.ons.gov.uk/employmentandlabourmarket/peopleinwork/employmentandemployeetypes/bulletins/regionallabourmarket/april2018> (letzter Zugriff: 17.04.2018).
- ONS (Office for National Statistics)* 2018b: Migration Statistics Quarterly Report: February 2018; URL: <https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/populationandmigration/internationalmigration/bulletins/migrationstatisticsquarterlyreport/february2018> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Oppermann, Kai*: Das gespaltene Königreich. Die politischen Hintergründe und Ursachen des „Brexit“-Referendums; in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 57, Nr. 4, S. 516-533.
- Orgad, Liav* 2016: Brexit and the quest for identity; Oxford University Press Blog, URL: <https://blog.oup.com/2016/08/brexit-and-the-quest-for-identity/> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Parekh, Bhikhu* 2000: The Future of Multi-Ethnic Britain. Runnymede Trust, London.
- Pettigrew, Thomas / Tropp, Linda* 2006: A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory; URL: http://www.iaccp.org/sites/default/files/pettigrew_tropp_2006_contact_theory_0.pdf (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Rienzo, Cinzia / Vargas-Silva, Carlos* 2017: Briefing – Migrants in the UK: An Overview. Migration Observatory Briefing, COMPAS, University of Oxford; URL: <http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/migrants-in-the-uk-an-overview/> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Saggar, Shamit / Somerville, Will* 2012: Building a British Model of Integration in an Era of Immigration. Policy Lessons for Government. Migration Policy Institute, URL: <https://www.migrationpolicy.org/pubs/UK-countrystudy.pdf> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Social Mobility Commission* 2007: State of the Nation 2017: Social Mobility in Great Britain. URL: https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/662744/State_of_the_Nation_2017_-_Social_Mobility_in_Great_Britain.pdf (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Somerville, Will / Goodman, Sara Wallace* 2010: The Role of Networks in the Development of UK Migration Policy; in: Political Studies, Vol. 58, S. 951-970.
- Statham, Paul / Geddes, Andrew* 2006: Elites and the Organized Public: Who Drives British Immigration Policy in Which Direction?; in: West European Politics, Vol. 29, Nr. 2, S. 248-269.

- Strijbis, Oliver / Teney, Céline* 2017: The Cosmopolitanism of Elites. In many countries, the population as a whole tends to be more nationally minded; WZB Report 2017, URL: <https://bibliothek.wzb.eu/articles/2017/f-20950.pdf> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Sturm, Roland* 2009a: Politik in Großbritannien; Springer VS, Wiesbaden.
- Sturm, Roland* 2009b: Sozialstruktur und Gesellschaftspolitik; in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), 2009: Großbritannien. Informationen zur politischen Bildung, Heft 262; URL: <http://www.bpb.de/izpb/10529/grossbritannien> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Swales, Kirby* 2016: Understanding the Leave Vote. NatCen Social Research; URL: https://whatukthinks.org/eu/wp-content/uploads/2016/12/NatCen_Brexplanations-report-FINAL-WEB2.pdf (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- Thornhill, Chris* 2017: A tale of two constitutions: Whose legitimacy? Whose crisis?; in: Outhwaite, William (Hrsg.): Brexit. Sociological Responses; Anthem Press, London/ New York, S. 77-89.
- Thym, Daniel* 2017: The Irony of Brexit for Immigration Control. Verfassungsblog; URL: <https://verfassungsblog.de/the-irony-of-brexit-for-immigration-control-2/> (letzter Zugriff: 19.04.2018).
- UK Independence Party (UKIP)* 2010: Restoring Britishness: A Cultural Policy for an Independent Britain, UKIP, Newton Abbott.
- Vargas-Silva, Carlos / Markaki, Yvonna* 2017: Briefing – Long-term international migration flows to and from the UK. Migration Observatory Briefing, COMPAS, University of Oxford, URL: <http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/long-term-international-migration-flows-to-and-from-the-uk/> (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Vargas-Silva, Carlos / Rienzo, Cinzia* 2017: Migrants in the UK: An Overview. Migration Observatory Briefing, COMPAS, University of Oxford, URL: <http://www.migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/migrants-in-the-uk-an-overview/> (letzter Zugriff: 15.06.2018).
- Vertovec, Steven / Wessendorf, Susanne* 2009: Assessing the backlash against multiculturalism in Europe. MPG Working Paper, URL: http://www.mmg.mpg.de/fileadmin/user_upload/documents/wp/WP_09-04_Vertovec-Wessendorf_backlash.pdf (letzter Zugriff: 18.04.2018).
- Vertovec, Steven* 2007: Super-Diversity and its Implications; in: Ethnic and Racial Studies, Vol. 30, Nr. 6, S. 1024-1054.
- von Ondarza, Nicolai, 2017: Die verlorene Wette. Entstehung und Verlauf des Brexit-Referendums; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 66, Bd. 49-50, S. 4-10.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäffer, Steven* 2017: Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus. Was PEGIDA über den sich formenden Rechtspopulismus verrät; in: Jörke, Dirk / Nachtwey, Oliver (Hrsg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Nomos, Baden-Baden, S. 138-159.
- Wood, Gerald* 2007: Räumliche Disparitäten und gesellschaftliche Entwicklung; in: Kastendiek, Hans / Sturm, Roland (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Verlag Barbara Budrich; Opladen & Farmington Hills, S. 206-225.

AUTOR

DR. CHRISTIAN WÖHST

Christian Wöhst, geb. 1984, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum Migration und Demokratie und lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Dresden und der New York University in Berlin. Nach seinem Studium in München und London wurde er 2016 mit einer Arbeit über das Bundesverfassungsgericht promoviert. Er arbeitet vorwiegend zu den Themen Demokratie, Konstitutionalismus und Migration.

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN 2625-3828

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Felicitas von Mallinckrodt

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2018

*MIDEM ist ein Projekt der Technischen Universität Dresden
in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert
durch die Stiftung Mercator.*

